

Regional Wirtschaften

Erfahrungen und Wege

(unvollendetes Manuskript, basierend auf verschiedenen Studien)

1. Auflage Oktober 1997

Verein für welt- und regionalwirtschaftliche Studien e.V. in Zusammenarbeit mit der pro urban gmbh Berlin Autoren: Dr.Lutz Brangsch (Verein für welt- und regionalwirtschaftliche Studien e.V.) Dr. Hilka Ehlert (pro urban gmbh)

E-Mail: 100443.3640@compuserve.com

complan planung und consulting für communen gmbh Wandlitz prenzlauer chaussee
127 16348 Wandlitz fon/fax (033397) 81 699

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Die Entwicklung der letzten Jahren hat der Frage, auf welchen Wegen regionale Wirtschaftskreisläufe (re)vitalisiert werden können, auf welche Potentiale sich diese Prozesse stützen können und wie entsprechende „Leitbilder regionaler Entwicklung“ entwickelt werden können, einen dramatisch wachsende Bedeutung verliehen.

Stichworte, die in diesem Zusammenhang von Wirtschaft und Politik verwendet, oft aber nicht inhaltlich untersetzt werden, sind in diesem Zusammenhang z.B.:

- regionale Vernetzung
- endogene Potentiale
- regionale Potenzen arbeitsplatzwirksam machen
- öffentlich geförderte Beschäftigung

Es soll in dem vorliegenden Beitrag versucht werden, diese Begriffe inhaltlich näher zu bestimmen und für die konkrete Kommunal- und Unternehmenspolitik handhabbarer zu machen.

Die öffentlichen Diskussionen zu diesem Thema unterstrichen, daß das Problem in seiner Vielschichtigkeit trotz umfangreicher Literatur nachwievor von den Verantwortungsträgern in Politik und Wirtschaft mit großer Unsicherheit gehandhabt wird. Diese Unsicherheit beruht auf einigen, aus dem Problem selbst resultierenden Faktoren, auf dem offensichtlichen Verlust regionaler Handlungsfähigkeit infolge der politischen Gegebenheiten und nicht zuletzt aus einem erheblichen Defizit bei der Auswertung nationaler und internationaler Erfahrungen auf diesem Feld. Diese Unsicherheit schlägt sich häufig in entsprechendem gegenseitigem Mißtrauen, oder auch in überzogenen Erwartungen an eigene Möglichkeiten wie auch an die der Partner in der Region nieder.

Fragen zukünftiger Zweigstrukturen, mögliche Effekte aus regionalen Investitionen in die Infrastruktur, Einflußmöglichkeiten auf die Gestaltung regionaler Wirtschaftsstrukturen durch die Ortssatzung (z.B. Hebesätze), den Stellenwert von Konversionsvorhaben für die Entwicklung stabiler wirtschaftlicher Prozesse in bestimmten Regionen, Fragen der Handhabung von Förderprogrammen, die Rolle weiterer „weicher“ Standortfaktoren, aber auch auf einer anderen Ebene mögliche Alternativen zur gegenwärtigen Ausprägung von Förderpolitik (Regelungen und Institute) - dies sind einige der Fragen, die geklärt werden müssen, wenn es zu einem fruchtbaren Miteinander verschiedener Akteure in einer Region kommen soll. Oft anzutreffende Ausschließlichkeitsansprüche - etwa, daß nur der Unternehmer oder eben die Verwaltung weiß, was gut und richtig für die Region sei, führen früher oder später in die Sackgasse. Zumal derartige Ansprüche oft mit maßloser Überschätzung eigener Möglichkeiten verbunden ist, eine Selbstüberschätzung, die sich spätestens dann, wenn es um die Finanzierung oder die Refinanzierung von Projekten geht, als schwere Hypothek erweist.

Die vorliegende Arbeit steht somit vor dem Problem, sehr verschiedene Ansprüche befriedigen zu müssen, die zwar auf gemeinsame Grundlagen zurückzuführen sind, aber sich hinsichtlich des Blickwinkels auf diese Probleme unterscheiden.

Es soll hier vorrangig darum gehen, einige grundlegende Fragen zu diskutieren. Wir konzentrieren uns daher auf folgende drei Schwerpunkte:

- Darlegung zum Stand der Diskussion der Fragestellung regionaler Wirtschaftskreisläufe in der Literatur sowie vorliegender Erfahrungen auf diesem Gebiet
- Entwicklung von Varianten regionaler Entwicklung, die durchaus auch hypothetischen Charakter haben können. („Spielvarianten“) - zwischen Totalintegration und Autarkie
- konkrete Handlungsvorschläge für kommunale/regionale Verantwortungsträger.

Es sollte in diesem Sinne als Lesematerial verstanden werden, in dem Hilfestellungen zur Selbstverständigung, Informationen zu bereits vorliegenden Untersuchungen und Ansätze für eigenes konzeptionelles wie auch praktisches Handeln auf der regionalen Ebene kombiniert sind.

Dabei wird ein Schwerpunkt darin bestehen, die Interessenlage der Akteure regionaler Wirtschaftsprozesse deutlicher zu machen und damit Hinweise für die Art und Weise des Herangehens an die Lösung der hier behandelten Probleme zu entwickeln.

Problemskizze

Unumstritten ist in der politischen und wirtschaftlichen Praxis, daß sich die Stellung der Regionen im Kontext der Veränderungen von Unternehmensstrukturen und -strategien sowie vor dem Hintergrund grundsätzlicher Neuorientierungen des Verständnisses von Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsförderung und Regionalpolitik auf der staatlichen und suprastaatlichen Ebene in erheblichem Maße verändert hat.

Dabei ist im Kern unerheblich, daß die zu betrachtende Region in einem ostdeutschen Bundesland liegt. Die Probleme, mit denen sich die Untersuchung beschäftigt, ist allgemeiner¹ und wenigstens EU-weiter Natur.

Es soll an dieser Stelle schwerpunktmäßig der Frage nachgegangen werden, welche regionalen Handlungsstrategien unter den gegebenen Bedingungen auf welchen Wegen die Realisierung qualitativ bestimmter Vorstellungen zur wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Entwicklung unterstützen können. Es geht um die Frage, **wie auf regionaler Ebene Interessenkonstellationen zu befördern sind, die die einen oder anderen Wege der Belebung regionalen Wirtschaftens praktisch begehbar machen.**

Welche Interessen werden berührt?

Sowohl für die Unternehmen, als auch für die regionalen politischen Akteure steht immer wieder die Frage, in welchem Maße sie unter den jeweils gegebenen globalen (überregionalen) Bedingungen auf die regionale Entwicklung Einfluß nehmen können. Dabei sind die beiden genannten Interessengruppen wiederum in sich ausgesprochen heterogen.

Die Interessenlage der Unternehmen hängt u.a. von folgenden Faktoren ab:

- Eigentumsverhältnisse (befindet sich das Unternehmen in Eigentum einer regionalen Körperschaft, eines ortsansässigen oder auswärtigen Unternehmers)
- Einbindung des Unternehmens in die regionale und überregionale Arbeitsteilung
- Absatzwege einschl. des Zustandes des regionalen Marktes
- Kapitalkraft des Unternehmens
- Eigenarten der erbrachten Produktion bzw. Dienstleistung.

Weitergehende Faktoren, etwa aus Förderwegen resultierende Präferenzen, Aktivitäten Wirtschaftsförderung der Region, Bereitstellung von Infrastruktur, von Bauland, Umweltschutzaufgaben, Personalkosten, werden von den **Unternehmen ausgehend von diesen Kerndaten der Unternehmensentwicklung bewertet - und sie müssen diese Bewertung so vornehmen, wenn sie nicht den Verlust von Marktpositionen riskieren wollen.**

Daneben wirken selbstverständlich auch auf Unternehmer in ihren Entscheidungen für oder gegen eine Region auch subjektive Momente, die bei der Entwicklung der regionalen Wirtschaft (bzw. regionaler Wirtschaftskreisläufe) eine (ggf. durchaus erhebliche)

¹ vgl. z.B. R.M. Kanter: Weltklasse. Im globalen Wettbewerb lokal triumphieren. Wien: Ueberreuther 1996

Rolle spielen können, **aber nicht müssen**.

Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß die meisten Unternehmen direkt oder indirekt mit den Strategien von Großunternehmen und -banken verbunden sind. Insoweit darf die hier diskutierte Frage auch nicht allein unter dem KMU-Gesichtspunkt behandelt werden, sondern reicht weit darüber hinaus.

Auf der anderen Seite sehen sich Politiker und politische Gruppierungen einem für sie hier unmittelbar spürbaren Druck von verschiedenen Seiten ausgesetzt.

Erstens sind die Entscheidungsprämissen der Unternehmen Politikern und Öffentlichkeit **nicht unmittelbar zugänglich**. Daraus resultiert eine **Sichtweise** auf die Ansiedlungs- bzw. Standortpolitik von Unternehmen, die nicht von deren Interessenlage generell bestimmt sein kann, sondern nur von einem von vielfältigen Restriktionen bestimmten Feld politischen Zugriffs auf Rahmenbedingungen. Dies führt zu z.T. **simplifizierenden Annahmen über mögliche Motive der Standortwahl**, wie sie sich deutlichst in dem Leerstand von Gewerbegebieten manifestiert. Die kommunalen bzw. regionalen Verantwortungsträger müssen sich immer dessen bewußt sein, daß sie die Interessen der Unternehmen in bereits **vermittelter** Form wahrnehmen.

Zweitens stehen die Anforderungen der in der Region lebenden Menschen, der Wähler bzw. der Mitglieder der verschiedenen politischen Vereinigungen in der Region.

Ein **dritter** Faktor schließlich ist in den bereits angedeuteten Anforderungen bzw. Rahmensetzungen von Seiten der staatlichen (Bund und Land) bzw. überstaatlichen (EU) Ebenen zu sehen. Neben den verschiedenen Förderrichtlinien und weiteren Vorgaben (Umwelt, Bürgerbeteiligung usw.) wirken hier vor allem auch haushaltspolitische Entscheidungen, wobei diese vorrangig durch Einschränkungen finanzieller Spielräume charakterisiert sind.

Die Widersprüche zwischen diesen Bezugsebenen prägen die praktischen Probleme bei Versuchen, regionale Wirtschaftskreisläufe zu entwickeln, nachhaltig.

Der hohe Grad der Abhängigkeit der regionalen Wirtschaftspolitik macht es in dem hier zu untersuchenden Zusammenhang bereits an dieser Stelle erforderlich, kurz auf die generellen Tendenzen der Veränderungen in den nationalen bzw. übernationalen Rahmensetzungen einzugehen, da diese quasi als externe gegebene Faktoren wirken. Insoweit sind sie unmittelbar aus den Regionen heraus nicht zu beeinflussen. Wohl aber übt die Bestätigung oder Ablehnung der herrschenden „Förderphilosophie“ auf staatlicher oder überstaatlicher Ebene durch das **Handeln** in den Regionen durchaus einen vermittelten politischen Druck auf deren Veränderung in der einen oder anderen Richtung aus. Insoweit ist der durch diese Instrumente notwendig der Sache nach gegebene Spielraum durchaus variabel auszunutzen, um Veränderungen auf diesem Gebiet zu erreichen.

In einem Überblick zur Regionalpolitik der EU-Staaten² konstatiert John Bachtler eine „Neuformulierung regionalpolitischer Ziele“. Es ginge, so Bachtler, „weniger um die Umverteilung von Einkommen und Arbeitsplätzen, als vielmehr um die Stimulierung des strukturellen Wandels in weniger begünstigten Regionen, in der Absicht, Diversifikation und Wettbewerb voranzutreiben und den Beitrag dieser Regionen zum nationalen Wirtschaftswachstum zu erhöhen.“ *Im Mittelpunkt der „Förderung einer Umstrukturierung regionaler Produktionssysteme“ stünden (zunehmend Maßnahmen zur Verbesserung*

² Rudolf Ridinger, Manfred Steinröx (Hrsg.): Regionale Wirtschaftsförderung in der Praxis. O.Schmidt, Köln 1995

der Wettbewerbsfähigkeit und der regionalen Geschäftsumwelt. “ Neue Zielfelder seien dabei die „*Stimulierung von Unternehmertum und Unternehmenswachstum, Technologie und „Science Parks“ sowie Telematikzentren.*“ Weiter stellt der Autor fest: „*Im Zusammenhang damit besteht nun auch Interesse an **der Koordination regionalpolitischer Anstrengungen mit verwandten politischen Ressorts wie Erziehung und Ausbildung, Transport, Forschung und Entwicklung. Gleichzeitig bleiben etatmäßige Beschränkungen wichtig...und haben sogar an Bedeutung gewonnen.***“³

Was hier z.T. verschlüsselt zum Ausdruck gebracht wird, ist die gerade von Kommunalpolitikern und Kommunalpolitikern alltäglich zu konstatierende Feststellung, daß

1. Förderinstrumentarien zunehmend mit der Intention gestaltet werden, Entwicklungsbedürfnisse von Unternehmen zu befriedigen und weniger die von Regionen als Bezugspunkt dieser Veränderungen zu wählen. Die Entwicklung der Region wird als passive Folge dynamischer Unternehmensentwicklung gesehen.

2. dieser Prozeß mit immer weniger Mitteln realisiert werden soll.

Diese Beurteilung der Politik ist zweifellos richtig und spiegelt die grundlegenden Machtverhältnisse, die bei der Konzipierung regionalen Wirtschaftens zu beachten sind, zutreffend wider.

Fazit 1

Die Zielfunktion von Wirtschaftsförderung in dem derzeit praktizierten Sinne ist nicht die Region als solche, nicht die Region in ihrer sozialen Qualität, also als Raum, in dem sich soziale Beziehungen entwickeln. Die Zielfunktion von Wirtschaftsförderung ist die Region ausschließlich in ihrer Qualität als Rahmenbedingung für Wirtschaftstätigkeit kapitalistischer, marktorientierter Unternehmen⁴.

Im Rahmen der hergebrachten Förderphilosophie ist darüber hinaus zu kalkulieren, daß die Entscheidungen über die Zukunftsträchtigkeit von Projekten, so sie der Fremdfinanzierung bedürfen, immer zum größten Teil **außerhalb regionaler Zusammenhänge und Interessen** fallen. Diese Tendenz wird mit den Haushaltsbeschlüssen des Brandenburger Landtages nur unterstrichen. **Den Regionen wird eine Kompetenz und Verantwortung in der Wirtschaftspolitik zugebilligt, ohne ihnen Spielräume zu eröffnen, diese auch wirklich auszufüllen.** Und Spielräume bedeutet hier einfach ... Geld. Die Debatten um die Zukunft der Wirtschaftsförderung Ost und die Zukunft der Kommunalfinanzen generell zeigen deutlich, daß der skizzierte Trend für die Bundesrepublik vollständig zutrifft. Er wird dadurch verstärkt, daß unter den Bedingungen hoher Massenarbeitslosigkeit mit den entsprechenden sozialen und fiskalischen Folgen den Kommunen direkt und indirekt zusätzliche Kosten und Aufgaben zuwachsen, die eine Orien-

³ ebenda S.52f.

⁴ „Kapitalistisch“ charakterisiert hier den Unternehmenszweck, die Gewinnerzielung als solche und die damit im Zusammenhang stehenden sozialen Verhaltensweisen der diese Unternehmensstruktur personifizierenden Akteure. Der Begriff sei hier enger gefaßt als in dem strengen polit-ökonomischen Sinne. Es wird sich im weiteren Verlauf der Untersuchungen darüberhinaus zeigen, ob bzw. **inwieweit** die von Bachtler genannten Kriterien „Unternehmertum“ und „Unternehmenswachstum“ tatsächlich als vollwertige Ziele der konzipierten und praktizierten Wirtschaftsförderung anzusehen sind.

tierung auf die Entwicklung der Region als sozialer Raum, als Raum, in dem Menschen leben wollen, beständig eingeschränkt werden. Die hier deutlich werdenden Schnittpunkte zwischen wirtschaftlichen und sozialen Prozessen dürfen nicht unterschätzt werden, prägen sie doch nachhaltig subjektive Momente dieser Entwicklung, die Fähigkeit bzw. Möglichkeit, Entwicklungen auf längere Sicht mit ihren Fernfolgen zu kalkulieren, aber auch die Kooperationsfähigkeit der Akteure.

Die Problematik wird auch deutlich, wenn man die Interessenstrukturen betrachtet, die die Wirtschaftsförderung im konkreten Fall prägen.

Die Art und Weise der Ausreichung der Fördermittel, nicht nur ihre quantitative Beschränkung oder qualitative Beschränktheit, tragen dazu bei, regionale Interessen weitgehend zu beeinträchtigen.

Insbesondere das **Hausbankprinzip** untergräbt in der Praxis eine Orientierung der Wirtschaftsförderung auf regionale Bedürfnisse, selbst wenn diese Orientierung ernst gemeint sein sollte.

Da Fördermittel nur unter Einschaltung einer Hausbank erlangt werden können, wird ein Projekt, bevor es einer Bewertung durch die fördernden Einrichtungen unterworfen wird, durch das Prisma der wirtschaftlichen Interessen dieser, in der Regel global operierenden Kreditinstitute gebrochen bewertet. Direkte oder indirekte Beteiligungen dieser Banken an Unternehmen, eigene Unternehmensstrategien wie auch politische Prämissen, die eben nicht aus der Sicht der Lebensfähigkeit einer Region, sondern aus der Sicht der Lebensfähigkeit der Bank getroffen werden, sind einer unter Umständen regionalpolitisch determinierten Bewertung des Projektes vorgeschaltet. Gleiches gilt im Falle der Aufnahme von Beteiligungen als Mittel der Stärkung der Eigenkapitalbasis bzw. zur Erlangung von Marktzugängen.

(vgl. Abbildung 1 *Interessenstruktur bei der Inanspruchnahme von Mitteln der Wirtschaftsförderung bzw. bei der Aufnahme von Beteiligungen*)

Dieser Umstand erklärt, warum in der kommunal- und regionalpolitischen Diskussion, und mehr noch in der Praxis, ein so großer Stellenwert der Schaffung von Rahmenbedingungen für die Ansiedlung externer Kapitalgeber, der Entwicklung von Angeboten an zuwandernde Unternehmen zugemessen wird. Dieses praktische Verhalten reflektiert die erlebten Machtverhältnisse auf der einen Seite und die Erwartung, durch aktives Bewegen in diesen Verhältnissen „ein Stück vom Kuchen“ zu erlangen, die gewohnten Lebensstile aufrecht erhalten zu können.

Fazit 2

Es ist demzufolge die Frage zu diskutieren, wie durch den Einsatz regional gegebener Möglichkeiten

a) die skizzierte Förderlogik und die entsprechenden Instrumente für die Entwicklung regionalen Wirtschaftens zu nutzen und

b) Begrenztheiten dieser Art der Förderung zu überschreiten bzw. interessenbestimmte Grenzziehungen zu umgehen sind.

Das schließt eine enge Verbindung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung notwendig mit ein.

Dabei dürften Fragen der Nutzung der Potenzen der **regionalen Sparkassen**, von **Eigenbetrieben**, **Beteiligungen** von Kommunen und **beschäftigungspolitischen Institutionen** (an erster Stelle Beschäftigungsgesellschaften) die entscheidende Rolle spielen.

Eine weitere Gruppe von Faktoren, die in den hier zu betrachtenden Zusammenhängen von erheblicher Bedeutung ist, ist die Entwicklung der **Absatzmärkte**.

Es bedarf keiner tiefgehender Untersuchungen, um zu konstatieren, daß die Märkte weitgehend monopolisiert und besetzt sind. Dies trifft generell auf die überwiegende Zahl der Marktbereiche zu, selbst in den sog. Zukunftsbranchen. Insbesondere prägt dieser Zustand auch die Situation einer Vielzahl ostdeutscher Unternehmen. Soweit sie nicht einen Platz in westdeutschen Unternehmensverbänden gefunden haben, müssen sie beständig um Marktnischen ringen. Potentiell regional-orientierte Wirtschaftsbereiche, wie etwa die Landwirtschaft und die Nahrungsgüterproduktion, aber auch die Bauwirtschaft sehen sich genauso wie high-tech-Unternehmen in globale Kreisläufe und Marktbeziehungen eingeschlossen, ohne einen wesentlichen Einfluß auf diese ausüben zu können. Wenigstens die Beziehungen zu Kreditinstituten, die Leistungspraktiken der Handelsunternehmen, selbst auch die notwendigen Geschäftsausstattungen (Computertechnik, Maschinen usw.) vermitteln diesen globalen Einfluß in jedem Bereich.

Fazit 3

Diese Verknüpfung mit globalen wirtschaftlichen Kreisläufen bedeutet gleichzeitig auch Verknüpfung mit globalen sozialen Kreisläufen, ist ein Weg der Teilnahme an der Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Kultur. Insofern kann es nicht darum gehen, eine wirtschaftliche Autarkie zu erreichen. Abgesehen davon, daß dies wirtschaftlich bei dem gegebenen Niveau von gesellschaftlicher Arbeitsteilung und unter den gegebenen politischen und ideologisch-psychologischen Wertesystemen unmöglich ist. Vielmehr geht es darum, die Globalisierungstendenzen durch **das Aufbrechen von Monopolstrukturen auf den Märkten mit Regionalisierungspotenzen sinnvoll zu verbinden**.

Hier schließt sich der Kreis hin zu Fragen der **sozialen und ökologischen Reproduktion** der Regionen. Die Revitalisierung von Kreisläufen, die durch eine Einheit von Produktion und Konsumtion in den jeweiligen Regionen gekennzeichnet ist, eröffnet nicht nur neue Aspekte für die Kooperation bestehender Unternehmen und weitere Formen wirtschaftlicher Gestaltung, sondern entspricht auch grundlegenden Anforderungen an eine zukunftsfähige Gestaltung wirtschaftlicher Kreisläufe.

Die in der Realität zu konstatierenden Fragen, die sich um das Phänomen des Regionalen im wirtschaftlichen Leben gruppieren, setzen diese immer auch als politische Fragen. Viel hängt davon ab, inwieweit Bestrebungen auf regionaler bzw. kommunaler Ebene mit den Interessen der entscheidenden wirtschaftlichen Akteure konform gehen, inwieweit es gelingt, aus divergierenden Interessen gemeinsame Interessenlagen der verschiedenen Akteure hervorzuheben und so politische Mehrheiten zu gewinnen sowie wirkungsvoll in die öffentliche Diskussion auf regionaler wie auch überregionaler Ebene einzugreifen.

Zum Begriff der regionalen Wirtschaftskreisläufe

Bisher wurden in den Darlegungen die Termini „regionale Wirtschaftskreisläufe“, „regionale Wirtschaft“ und „regionales Wirtschaften“ weitgehend synonym verwendet. Der Begriff der regionalen Wirtschaftskreisläufe wird in Politik und, wie dargestellt, auch z.T. in der Literatur in weitgehend unscharfer Form im Zusammenhang mit der Beschreibung bestimmter regionaler Problemlagen benutzt. In Abhängigkeit von der Interessenlage des Betrachters werden sie als Synonym für weitgehende Autarkie genutzt, als Beschreibung für den allgemeinen Zustand des wirtschaftlichen Lebens einer Region, als wirtschafts- bzw. verteilungspolitisches Argument für die vorrangige Förderung ortansässiger Unternehmen oder als Anlaß für die bedingungslose Ausrichtung der Handlungen von Regionen an den Wünschen potentieller Investoren.

Faßt man die in der Literatur und in der Kommunal- bzw. Regionalpolitik vertretenen bzw. praktizierten Positionen zusammen und führt sie auf ihren Kern hin, ergeben sich folgende relevante Elemente für die Bestimmung dessen, was mit dem Terminus „regionaler Wirtschaftskreislauf“ beschrieben werden soll:

- Intensität der Kauf-Verkauf-Beziehungen zwischen Wirtschaftssubjekten ein und derselben Region
- Zustand der Kooperationsbeziehungen zwischen den Wirtschaftssubjekten einer Region
- die stofflichen Bewegungen zwischen Wirtschaftssubjekten einer Region
- von Kapital in der Region.

Mit anderen Worten - regionale Wirtschaftskreisläufe finden immer statt - hier liegt nicht das Problem - es geht bei den Diskussionen eigentlich immer darum, bestimmte Typen von Wirtschaftskreisläufen zu befördern. Es sind also in erster Linie **qualitative Parameter**, die in ihrer Kombination bestimmte Typen regionaler Wirtschaftskreisläufe beschreiben. Anders gesagt - regionale Wirtschaftskreisläufe sind „an sich“ keine Ziele; **sie müssen, sollen sie in die Formulierung regionalpolitischer Zielvorstellungen einfließen, durch die skizzierte vierdimensionale Charakteristik näher bestimmt werden.**

Das Maß, in dem Wirtschafts- und Regionalpolitik sich auf einzelne der genannten Faktoren bzw. auf bestimmte Faktorengruppen konzentriert, bestimmt in erheblichem Maße die Qualität der gesamten Entwicklung der Region, die Realisierungsmöglichkeiten weitergehender sozial- und umweltpolitischer Zielstellungen. Gleichzeitig läßt sich kein sinnvolles Konzept von Regionalpolitik entwickeln, das nicht alle der genannten Faktoren berücksichtigt.

Jeder der hier genannten Seiten eines regionalen Wirtschaftskreislaufes zieht die andere nach sich - allerdings nicht in mechanistischem Sinne, sondern wiederum in einer bestimmten Qualität. Diese Qualität wird wiederum erheblich von den regionalen wirtschaftspolitisch wirksamen Potentialen bestimmt.

Das bedeutet, daß die Kategorie „Regionaler Wirtschaftskreislauf“ an erster Stelle die

regionale Ausprägung des gegebenen Typs der gesellschaftlichen Arbeitsteilung beschreibt. Weiterhin können die regionalen Kreisläufe selber in dem hier skizzierten Verständnis nur als a priori den globalen Kreisläufen einbeschrieben betrachtet werden. Die als Faktoren regionaler Wirtschaftskreisläufe dargestellten Prozesse sind selber, jeder für sich, mit globaleren Kreisläufen verbunden; dies gilt auch für Waren und Dienstleistungen, die als Resultat der Wirkungen des regionalen Kreislaufes entstehen und über Marktbeziehungen realisiert werden.

Regionalisierung bedeutet in der hier vertretenen Konzeption somit nicht Rückzug aus der Gesellschaft, sondern bewußte Auseinandersetzung mit den Perspektiven gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen. Sie schließt neue Formen von Geschäftlichkeit und Vergesellschaftung ein.

Dementsprechend kann weiterhin bestimmt werden, was der **Inhalt** eines Prozesses, der mit dem Begriff „Gestaltung/Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe“ beschrieben wird, bestehen kann bzw. muß - **in der Beeinflussung aller vier genannten Kreisläufe entsprechend politisch formulierter Zielvorstellungen**. Er wird realisiert in der Kombination von Anpassungsprozessen (an Interessen von Unternehmen), eigenwirtschaftlicher Tätigkeit (als eigenständige Gestaltung) und integrativen Aktivitäten (Unternehmen an über die konsumtive Nutzung hinausgehende Teilnahme an wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung interessieren). Gestaltung regionaler Wirtschaftskreisläufe ist unter diesem Gesichtspunkt ein Prozeß der Interessenabwägung und in sich außerordentlich widersprüchlich.

Autarkiemodelle (insoweit sie dieser Bezeichnung hinsichtlich der sie betreffenden Wirtschaftskreisläufe überhaupt gerecht werden) können vor diesem Hintergrund nur als Besonderes, als eine unter exklusiven Bedingungen realisierbare Möglichkeit, Berücksichtigung finden. Sie werden daher in dieser Untersuchung nicht weiter untersucht.

Die hier dargestellte Vierdimensionalität regionaler Wirtschaftskreisläufe schließt, wie bereits erwähnt, die Entwicklung verschiedener **Modelle ihrer Ausprägung** ein.

(1) Orientierung an einem strukturbestimmenden Produkt/Produktgruppe (gegenständliche Erzeugnisse oder Dienstleistungen). Orientierung an Traditionen, damit verbundenen spezifischen personellen Potentialen und Technologien

Vor allem in monostrukturierten Gebieten, die für schlechtere Zeiten des Strukturwandels vorbauen wollen. Hier geht es vor allem um eine Konzentration von Teilressourcen der angesiedelten Wirtschaftsfaktoren im Interesse eines gemeinsamen Überlebens. Dabei sollen gegebene Zweigstruktur auf neue Art zum Tragen gebracht werden und auch Bekanntes anders gemacht werden.

Ein aktuelles Beispiel für eine solche Ausrichtung stellt die Entwicklungsagentur RE-SON in Niedersachsen dar⁵. Hier wurde mit der Orientierung auf ein Zukunftsprodukt, das zwar aus der Tradition der Region, den Erfahrungen mit der Autoindustrie, erwächst, aber mit Bezug auf Schienenverkehrssysteme diese Erfahrungen für ein ökonomisch und ökologisch zukunftsträchtiges Feld aufgreift, ein Weg entwickelt, um die Monostrukturierung zu überwinden. Durch regionale Akteure wurde ein Verbund ge-

⁵ Verein für welt- und regionalwirtschaftliche Studien e.V.: Studie zum Arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramm der Landesregierung „Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern“. Schwerin 1996

schaffen, der Entwicklung und Vermarktung eines solchen Produktes koordinieren soll. An diesem Verbund sind regionale Unternehmen, Verwaltungen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen beteiligt. Die Gewerkschaften gehören zu den Initiatoren dieses Versuchs der Sicherung der Zukunft der regionalen Wirtschaft und der hier angesiedelten Arbeitsplätze.

„Regionale Entwicklungsagentur für Südostniedersachsen (reson)“ als Beispiel eines übergreifenden regionalen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Konsens

In den Jahren 1993/94 wurde in Südostniedersachsen die „Regionale Entwicklungsagentur für Südostniedersachsen e.V.“ geschaffen. Sie geht auf eine gemeinsame Initiative der IG-Metall-Verwaltungsstellen, der zwei größten Unternehmen der Region (Volkswagen AG und Preussag AG) sowie des Landes Niedersachsen zurück. Ziel war es, einen Weg zu finden, um den Folgen des Strukturwandels in dieser Region wirksam begegnen zu können. Es sollte eine regionale Entwicklungsperspektive als Leitbild entwickelt werden, die als Richtschnur für das Handeln von Politik und Wirtschaft handhabbar wäre.

Mitglieder dieses Vereins sind heute folgende Unternehmen und Körperschaften:

- ◆ Aerodata GmbH (Braunschweig)
- ◆ Robert Bosch Elektronik GmbH (Salzgitter)
- ◆ Bühler GmbH (Braunschweig)
- ◆ H. Butting GmbH & Co. KG (Wittingen-Knesebeck)
- ◆ DTA Deutsche Technische Akademie GmbH (Helmstedt)
- ◆ EWS GmbH (Braunschweig)
- ◆ ITT Automotive Europe GmbH (Gifhorn)
- ◆ IVM Technical Consultants Wolfsburg GmbH
- ◆ Unternehmensgruppe Schnellecke (Wolfsburg)
- ◆ Siemens AG (Braunschweig)
- ◆ Stadt Braunschweig
- ◆ Stadt Gifhorn
- ◆ Landkreis Peine
- ◆ Stadt Wolfsburg
- ◆ Gewerkschaft NGG (Verwaltungsstelle Süd-Ost-Niedersachsen)
- ◆ TU Braunschweig

Ergänzt wird dieser Kreis durch den reson-Beirat, der weitere regionale Akteure einbinden und Expertenwissen nutzbar machen soll.

Der Zweck des Vereins ist in der Satzung folgendermaßen bestimmt:

„Der RESON...e.V. verfolgt den Zweck, zur Verbesserung der Standortfaktoren in Südostniedersachsen beizutragen und damit einen Beitrag zur Standort- und Beschäftigungssicherung zu leisten sowie Initiativen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern. Er will dazu regionale Potentiale mobilisieren und bündeln. Die Inhaltsbereiche der Tätigkeit liegen in umwelt- und verkehrsbezogenen Technologien und Systemen sowie in der Arbeitsorganisation und Qualifizierung.“

Dieser Zweck soll auf folgenden Tätigkeitsfeldern lt. Satzung realisiert werden:

- “- Initiierung, Organisation und Koordination von Kooperationen der Betriebe, Bildungsträger, Forschungseinrichtungen, Arbeitsämter, Gewerkschaften, Kommunen etc.*
- Unterstützung der regionalen Unternehmen und Organisationen bei der Definition von neuen Aktivitäts- und Diversifikationsfeldern.*
 - Unterstützung von Produkt- und Verfahrensinnovationen insbesondere auf dem Gebiet der umwelt- und verkehrsbezogenen Technologien.*
 - Entwicklung, Unterstützung und Vernetzung von inner- und außerbetrieblichen Qualifizierungsaktivitäten.“*

Auch wenn die Situation, in der diese Struktur geschaffen wurde, auf den ersten Blick nicht mit der Situation insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern vergleichbar scheint, gibt es doch wesentliche Analogien. So wurde ausgehend von der Analyse der Veränderung der globalen wirtschaftlichen Verflechtungen, der Unternehmensstrategien und der wachsenden Anforderung an die ökologische Gestaltung der Produktion die Schlußfolgerung gezogen, daß nach dem Verlust von 15.000 Arbeitsplätzen in der Region in den Jahren 1992-94 weiterhin von einem hohen oder gar wachsenden Beschäftigungsrisiko auszugehen und mit dem Abbau weiterer 10.000 Arbeitsplätze allein im Zuständigkeitsbereich der IG Metall zu rechnen wäre. Diese Tendenzen treffen diese monostrukturierte Region, die als automobilabhängigste Region der Welt gilt, besonders hart.

Die zentrale Frage dabei lautet - wie können regionale Akteure bei den gegebenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umbrüchen sich ihre Handlungsfähigkeit erhalten und in einer Krisensituation regionale Potentiale mobilisieren.

Der Geschäftsführer des Vereins, Dr.Gerhard Prätorius, beantwortete diese Frage 1994 in folgender Richtung:

„Die zentrale Aufgabe der Reson besteht in der Initiierung und Betreuung von Projekten, mittels derer neue Produkte und Verfahren in der Region musterhaft zur Anwendung kommen sollen. Es ist dabei das erklärte Ziel, durch diese Projekte Standorte in der Region zu sichern und Beschäftigungsperspektiven zu erhalten resp. zu eröffnen.“

Er stellt sich auch der Frage, warum dabei die traditionellen Konzepte der Innovationsförderung und des Technologietransfers nicht mehr ausreichen:

„Diese Konzepte folgen noch einem „Rollenmodell“ klar zugewiesener Zuständigkeiten (Arbeitsteilung) und gleichsam „sequentieller“ Abarbeitung der einzelnen Schritte von der Grundlagen- über die angewandte Forschung zur Innovation und schließlich zur Markteinführung und - bei Erfolg - Marktdurchdringung... Voraussetzungen für erfolgreiche Innovationen sind daher netzwerkartige Strukturen mit

- innovationsorientierten Kooperationen statt nachträglichem Technologietransfer*
- der Integration der Partner in den Innovationsprozeß*
- der Konzentration auf Projekte.“*

Ohne weitergehende ideologische Gesichtspunkte hier weiter verfolgen zu wollen, verdeutlichen diese Aussagen jedoch in erster Linie eine bestimmte Denk- und Handlungs-

weise in Hinblick auf die Lösung wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Krisensituationen, die für die Frage der Konzipierung von regionalpolitischen Strategien generell von Interesse sind. Die hier deutlich gemachte Kritik an der Technologieförderung kann voll inhaltlich auf die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung in ihrer Gesamtheit übertragen werden.

Als entscheidende Alternativen zu der herrschenden Förderphilosophie sind dabei in erster Linie die Gedanken der **Innovationsorientiertheit** und der **Entwicklung netzwerkartiger Strukturen** hervorzuheben. Beide Arbeitsprinzipien erhalten durch die Orientierung an einem **regionalpolitischen und regionalwirtschaftlichen Leitbild** eine zusätzliche Ausrichtung und Stabilität, insoweit dieses Leitbild regionale und unternehmensinterne Potenzen und Planungen verbindet. Damit wird, im Unterschied zur Praxis der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, die Lösung eines Problems kompromißlos in den Mittelpunkt der Überlegungen gestellt und ein hohes Maß an Variabilität hinsichtlich der Wahl des Weges der Problemlösung eingeräumt - während die Praxis der Wirtschafts- und noch stärker der Beschäftigungsförderung in allererster Linie auf die Festlegung von Wegen (enge Vergabekriterien, überzogene Individualorientierung der Arbeitsförderung) fixieren sollen, die Lösung des Problems in weitaus geringerem Maße bestimmend ist.

Dafür jedoch, so machten die Diskussionen im Vorfeld der Gründung dieses Vereines deutlich, müssen entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden.

Auf dem reson-Forum „Verkehrskompetenzregion Südostniedersachsen“ im Dezember 1994 hob Prof. Klaus Lompe von der TU Braunschweig insbesondere folgende „Voraussetzungen für Innovationsprozesse im Rahmen regionalisierter Strukturpolitik“ hervor:

- *„Einsicht in die Notwendigkeit regionalen Handelns*
- *Bereitschaft der regionalen Akteure Handlungsverantwortung für die Region zu übernehmen*
- *Entwicklung eines operationalen Leitbildes*
- *Beteiligungsorientierte Einbindung der gesellschaftspolitischen Kräfte*
- *neue Rolle interdisziplinärer Forschung und Wissenschaft*
- *Mindestmaß an Institutionalisierung*
- *Bereitstellung von Risikokapital für Leit- und Demonstrationsprojekte*
- *Kontroll- und Steuerungsinstanzen*
- *Differenziertes, global eingebundenes Innovationssystem“*

Fazit

Das hier dargestellte Beispiel für die Institutionalisierung einer regional-orientierten Wirtschaftspolitik besitzt vor allem hinsichtlich der diesem Modell zugrundeliegenden „Philosophie“ auch Bedeutung für die Bewertung bzw. Konzipierung beschäftigungspolitischer Vorgehensweisen.

Hervorzuheben sind folgende Aspekte:

- Voraussetzung für die Wirksamkeit regionaler Wirtschaftspolitik ist eine gründliche und vorurteilsfreie Situationsanalyse
- Vernetzung von Aktivitäten muß sich an einem regionalen Leitbild orientieren, das nicht nur wirtschaftspolitisch bestimmt ist

- Wege zur Problemlösung müssen variabel sein können
- Beziehungen zwischen regionalen Akteuren müssen vielgestaltig sein und den Rahmen verwaltungsseitiger Abstimmung und der Ausreichung von Geldmitteln weit überschreiten.

(2) Die Orientierung an einem „Lebensideal“ (ökosoziale Ausrichtung) und Suche nach dieses Lebensideal stützenden Formen wirtschaftlicher Betätigung und wirtschaftlichen Austausches.

Von Strukturumbrüchen bereits erfaßte oder traditionell periphere Gebiete. Hier haben vor allem Konzepte der local economy sowie zahlreiche Projekte in den romanischen Ländern. ihre Basis. Sie orientieren sich im Kern auf die Ausnutzung der in der Region selbst vorhandenen bzw. „verschütteten“ Potentiale sowie eine entsprechende Umgruppierung von Kapital in der Region. Dies schließt Selbstbeschränkung und einen hohen Stellenwert moralischer und kultureller Verflechtungen mit der Wirtschaftstätigkeit ein. Insoweit diese Projekte nicht traditionell gewachsen sind (wie eben in den romanischen Ländern) birgt diese Richtung oft mehr oder weniger deutliche elitäre Tendenzen in sich, die zu einer Verabsolutierung der praktizierten Lebensweise und zum partiellen Verlust der Urteilsfähigkeit in Bezug auf die tatsächlich gegebenen Verflechtungen mit den an sich abgelehnten Formen des Wirtschaftens und Lebens führen. Speziell in Deutschland ist diese Richtung weniger auf der hier betrachteten regionalen Ebene, als vielmehr in einer Anzahl alternativ-ökonomischer Unternehmen und Projekte präsent, die sich ihrerseits in mehr oder weniger enger Kooperation und Vernetzung befinden.⁶

Zur Entfaltung von Eigeninitiative in den Kommunen mit Unterstützung kirchlicher Einrichtungen, freier Träger, Vereinen etc. (unter Nutzung der Erfahrungen des Öko-Dorfes Wulkow bei Booßen)

Ausgangspunkt:

- Baulichkeiten, Einrichtungen in der Kommune, die gewerblich nicht mehr genutzt werden, zu verfallen drohen
- hohe Arbeitslosigkeit ohne unmittelbare Perspektive
- Unzufriedenheit mit der Situation in der Kommune und der fehlenden Perspektive bei verschiedenen Teilen der Bevölkerung

Akteure:

- Bürgerinitiativen, Vereine
- Gemeindevertretung
- karitative Organisationen, Wohlfahrtsverbände
- freie Träger

Inhalt/Ziele:

⁶ vgl. Lokale Ökonomie - Exploration und Evaluierung Lokaler Strategien in Krisenregionen. (2 Bde.) Interdisziplinäres Forschungsprojekt „Lokale Ökonomie“ TU Berlin 1990. Hrsg.: Technologienetzwerk Berlin 1990/1991; Burghard Flieger u.a. (Hrsg.): Gemeinsam mehr erreichen. Kooperation und Vernetzung alternativökonomischer Betriebe und Projekte. AG SPAK, Münschen und Stiftung Mitarbeit, Bonn 1995 [Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Bd.8 sowie Materialien der AG SPAK M123]

- Erhalt der Bausubstanz durch Nutzung für gemeinnützige Tätigkeit (auch gewerblicher Natur, Kleingewerbe)
- Nutzung vorhandener Rohstoffe, u. a. für Umweltzwecke, Energie, Wasser
- Wohnen (altersgerecht, Jugendeinrichtungen, ...)
- Entwicklung kultureller Nutzung im Objekt (Wiederbelebung traditioneller Feste, Bibliothek)
- Unterstützung der Bemühungen im touristischen Bereich (Ferienwohnungen, Direktvermarktung einheimischer Produkte, Verbindung mit regionalem Gewerbe, das unverwechselbar für die Region sein sollte vgl. "Rügenhering", "Rügenschaf" für Rügen, "Spreewaldburger" mit Zutaten aus dem Spreewald)
- Projekte der Nachbarschaftshilfe

über gemeinnützige Projekte Zugang schaffen zu sinnvoller Tätigkeit in der Kommune, Schaffung von Grundlagen für Gewerbetätigkeit und Arbeitsplatzzuwachs (nicht nur im rein gewerblichen Bereich)

Variante Ökospeicher Wulkow bei Booßen⁷

- Einwohner begannen über Alternativen zum Überleben nachzudenken, wobei spezifische örtliche Bedingungen zum Ausgangspunkt genommen wurden (natürliche und gebaute Umwelt, private Initiativen, Nutzung des Potentials der Dorfgemeinschaft)
- Gründung des Vereins "Ökospeicher" zur Nutzarmachung der Ideen und Durchsetzung der Vorhaben, Mitgliedschaft Wulkows im Fremdenverkehrsverein, Kontakt zu ähnlich gelagerten Netzwerken im In- und Ausland
- Idee der ökologischen Dorfgestaltung als breitgefächerte Palette von Notwendigkeiten und Möglichkeiten favorisiert
- am Anfang stand nur die eigenen Ideen und die begrenzten Mittel der Dorfgemeinschaft (Beginn ohne Inanspruchnahme von Fördermitteln)
- Erkenntnis gewonnen, daß neue Ideen Enthusiasten brauchen
- nichts wurde ohne die Dorfgemeinschaft gemacht, denn Akzeptanz ist dort am höchsten, wo Einwohner an der Realisierung selbst beteiligt sind (z. B. in Wulkow Rekultivierung des Parks)
- Gewerbeentwicklung in den Ort integriert, nicht in Gewerbegebiet auf freiem Feld konzentriert, wobei von Anfang an Kooperation neuer Gewerbebetriebe mit den bereits bestehenden unterstützt wurde
- Konzept der Orts-, Landschafts- und Gewässergestaltung ist zugleich "Wirtschaftsprogramm" der Gemeinde

lokale Originalität und gemeinsame Gestaltung der Region sollen sich wechselseitig bereichern

Aktivitäten:

- Öko-Speicher (im alten Speicher des Gutes)
- * "Ökospeicher" als eingetragener gemeinnütziger Verein
- * Standort der neuentstandenen Betriebe

⁷ Neue Landwirtschaft, Nr 7-9/1992, S.9 ff., S. 24 ff.; Gespräch mit Prof. K. Krumbach, Mitglied des Vereins "Ökospeicher".

- * wöchentlicher Marktplatz zur Vermarktung regionaler Erzeugnisse (nicht nur Öko-Produkte)
- * Kommunikations- und Kulturzentrum
- * Bildungsstätte
- Schule als Bildungszentrum auf dem Lande mit besonderer Profilierung auf ökologisches Wissen - im Ökospeicher beheimatete Betriebe führen für die Schule praktischen Öko-Unterricht durch
- Kooperation der ansässigen Gewerbebetriebe zur Schaffung eines guten Wirtschaftsklimas, zur Lösung von Aufgaben in der Kommune

verallgemeinerungswürdige Merkmale der Tätigkeit in Wulkow bei Booßen:

- neue Ideen bedürfen eines Kerns aktiver Menschen
- neue Ideen sind in einem ganzen Dorf nur durchsetzbar, wenn breite Masse der Dorfbewohner die neue Entwicklung akzeptiert, ihr Interesse geweckt wird und sie in die Umsetzung einbezogen wird
- erforderlich ist Grundidee, deren Akzeptanz durch alle Dorfbewohner prinzipiell möglich ist, weil sie die Lebensinteressen aller betrifft

? Kernpunkt der Grundidee hier: Verbindung von Ökologie und Ökonomie

- Grundidee konsequent auf alle dafür in Frage kommenden Bereiche anwenden
- am Anfang stand nicht der "Ruf nach Geld", sondern die eigene Idee der Dorfentwicklung

Rangfolge im Bemühen um die finanziellen Quellen für die Entwicklung des Dorfes

- * Wertschöpfung durch eigene Wirtschaftsentwicklung
- * kommunale und individuelle Mittel und Leistungen
- * Fördermittel

(3) Konzentration auf die Ausbeutung des Potentials spezifischer natürlicher Bedingungen

In der einen oder anderen Form wird jede Region diese Richtung verfolgen können. Soweit sie allerdings die überwiegende Richtung sein sollte, muß es sich hier um eine ausgesprochen exklusive Richtung handeln, wie etwa bei außerordentlicher touristischer Attraktivität, Lagerstätten spezifischer Bodenschätze oder günstiger räumlicher Lage in Bezug auf Verkehrsströme (Hafen), wenn sie in dem hier betrachteten Sinne wirken soll. Sie birgt immer auch die Gefahr einer Monostrukturierung sowie einseitiger ökologischer Belastungen in sich (Bergbaulandschaften). Die physische Erschöpfung des natürlichen Potentials oder die Veränderung von arbeitsteiligen Beziehungen treffen derartig einseitig entwickelte Regionen besonders hart. Die Entwicklungen im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Zukunft der Werften oder um die Subventionierung des Steinkohlenbergbaus sind entsprechende Beispiele.

(4) Zerstörung traditioneller Strukturen und Aufbau qualitativ neuer Kapazitäten

Von Strukturumbrüchen getroffene Gebiete;

Im Prinzip ist dies bezogen auf die ostdeutschen Bundesländer die typische Entwicklungstendenz. Das es sich hier nicht um die 1990/91 oft zitierte „produktive Zerstörung“ handeln konnte, erklärt sich primär aus den gegebenen Interessenstrukturen, die an die-

ser Stelle nicht weiter behandelt werden sollen. Die in diesem Prozeß verfolgten Prämissen waren aber, trotz gegenteiliger Behauptungen, in ihrer Anlage nicht regionalbezogen und nur in weiterem Sinne überhaupt wirtschaftlicher Natur.

In jedem Fall erfordert der Erfolg einer solchen Richtung einen enormen Aufwand an Kapital, der aber derzeit nicht sinnvoll aktivierbar erscheint. Erforderlich wäre eine Einheit von Investitionen in produktive und infrastrukturelle Bereiche, ein aggressives Standortmarketing und eine zielgerichtete Umformierung der regionalen Arbeitskräfteressourcen.

Wie weitreichende die Problematik tatsächlich ist, zeigt sich z.B. im Ruhrgebiet, in dem der Strukturwandel noch lange nicht abgeschlossen ist. Der DGB und die Arbeitnehmerfraktion in der Verbandsversammlung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet haben sich in dieser Frage im Frühjahr 1997 mit einem Ruhr-Memorandum zu Wort gemeldet.

Das Ruhr-Memorandum⁸

Das Memorandum soll Ansatzpunkte liefern, um einen Übergang zu einer an den Zukunftserfordernissen orientierten wirtschaftlichen Entwicklung herzustellen. Insbesondere soll ein Übergang von der „montanindustriellen Versorgungswirtschaft zur problemlösenden Kompetenzwirtschaft“ erreicht werden, wobei die in der Geschichte der Region angesammelten Erfahrungen in neu, zukunftsorientierte Bereiche und Produkte eingeführt werden soll.

Die Initiatoren des Memorandums formulieren in diesem Rahmen die Ziele ihres Handelns folgendermaßen:

"Stärkung der inneren Wirtschaftskreisläufe,
Kampf gegen graue Arbeitsmärkte,
Förderung des örtlichen Kleingewerbes und
Schaffung neuer Dienstleistungssysteme"

Das Handwerk soll dabei als Scharnier zwischen der überregional orientierten Kompetenzwirtschaft und den lokalen Gewerbestrukturen wirken.

Es dürfte ohne weitere Diskussion der Fragestellung einsichtig sein, daß in der Praxis kaum eine dieser Formen regionaler Entwicklungsrichtungen „rein“ vorkommen kann. Anzustreben ist immer eine Kombination von Schwerpunkten und Orientierungen, die aus der gegebenen Eigenart der betrachteten Region resultiert.

Diese Kombination von Zielfeldern, die den Inhalt dessen ausmacht, was auch oft als „Leitbild“ regionaler Entwicklung bezeichnet wird, bestimmt wiederum die Art und Weise der Einflußnahme auf die Elemente des regionalen Wirtschaftskreislaufes.

Der erreichbare Konkretheitsgrad der Zielvorstellungen schärft auch die Fähigkeit regionaler Akteure, genaue Schrittfolgen politischer und wirtschaftlicher Natur zu bestimmen, wie auch exogener Kapitalgeber bzw. Verwaltungen, die Vorstellungen der Region in ihre Konzepte einzubeziehen (soweit Interesse bzw. Wille vorhanden ist). Darüber hinaus ist ein hoher Konkretheitsgrad auch „nach innen“ ein nicht zu unterschätzendes Signal, endogene Potentiale zu aktivieren.

⁸ Ruhr-Memorandum 1997. Zu Lage und Perspektiven der Ruhrwirtschaft., Arbeitnehmerfraktion in der Verbandsversammlung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet und DGB Landesbezirk NRW; Bochum und Essen. 1997

Ausgehend davon lassen sich eine Reihe von Fragen formulieren, deren Beantwortung Ausgangspunkt für die Entwicklung von Konzepten zur Belebung bzw. Gestaltung regionaler Wirtschaftskreisläufe sein können:

- Worin besteht die spezifische marktfähige Leistung, die die Region / der Kreis erbringen kann?
- Welche Qualifikationen/ Traditionen/ Fähigkeiten/Fertigkeiten können auf den Markt gebracht werden ?
- Welche endogenen Kooperationsformen sind vorhanden/möglich?
- Welches Kapital kann eingesetzt werden und wo kommt es her?
- Welche Bedeutung haben Eigenbetriebe, Beteiligungen und der öffentliche Dienst für die regionale Entwicklung?
- Welche sozialen/kulturellen Ziele will die Region verfolgen?
- Was will die Region in keinem Fall?
- Was kann die Region in keinem Fall?
- Sind wirtschaftliche, politische und kulturelle Möglichkeiten bzw. Voraussetzungen vorhanden, Elemente alternativer Ökonomie in größerem Umfang zum Tragen zu bringen? Sind Genossenschaften, Belegschaftsbetriebe, kommuneartige Zusammenschlüsse zu entwickeln? Sind Tauschringe als Form des regionalen Austausches von Leistungen außerhalb bzw. neben Marktzusammenhängen tragfähige Ansatzpunkte für die Erschließung von Potentialen?
- Existieren Initiativen von Belegschaften zum Erhalt von Arbeitsplätzen oder zur Entwicklung alternativer Unternehmenskonzepte?

Regionale Entwicklung und Nutzung endogener Potentiale - Widerspiegelung in der Literatur

Die vorliegende Literaturübersicht verfolgt das Ziel, den Stand der theoretischen Diskussion und praktische Erfahrungen aus dem gesamten Bundesgebiet zur wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher ländlicher Räume, zugeschnitten auf den Raum Uckermark, auszuwerten. Eine Diskussion zu den Aussagen soll die Findung von Entwicklungsstrategien in diesem Raum unterstützen.

Hauptzielrichtung der hier berücksichtigten Positionen ist - bezogen auf **strukturschwache ländliche Räume** - die Entwicklung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe, die Aktivierung alternativer arbeitsmarktpolitischer Instrumente, das heißt in erster Linie die **Nutzung endogener Potentiale** und basisgebundener Bewegungen zur Belebung des Wirtschaftslebens in Krisenregionen.

Periphere ländliche Räume zeichnen sich heute im Osten Deutschlands häufig durch eine schwache (bzw. niedergegangene) Wirtschafts- und Infrastruktur, durch Abwanderungsprozesse der arbeitsfähigen Bevölkerung und durch Ferne zu größeren Ballungsräumen aus. Sie erhalten kaum exogene Impulse für ihre wirtschaftliche Entwicklung und bieten daher breite Räume für die kommunale und regionale Selbsthilfe unter Nutzung endogener Potentiale.⁹

Die Uckermark gehört zum "dünn besiedelten Raum", das heißt sie ist eine ländlich geprägte Region mit geringem Integrationsgrad, ergänzt um städtische Räume wie Prenzlau, Angermünde, Schwedt.¹⁰

Regionen werden in der Literatur auf verschiedenen Ebenen behandelt:

- Region aus EU-Sicht - "Europa der Regionen", zum Teil länderübergreifende Räume,
- Region als Zusammenfassung mehrerer Kreise innerhalb eines Landes, die vom Profil her gemeinsame Entwicklungslinien verfolgen können (als Zwischenebene von Land und Kreis mit eigenen Verwaltungsorganen)
- Region als loser Verbund verschiedener Gemeinden, die gemeinsame Interessen verfolgen und auf bestimmten Gebieten gemeinsam handeln, ohne hierarchische Leitungsstrukturen aufzubauen.
- Region als Synonym für Kreis.

Im vorliegenden Material wird entsprechend dem Auftrag weitgehend diese letzte Auffassung berücksichtigt, wobei selbstverständlich viele Aussagen von AutorInnen, die für andere Typisierungen von Regionen getroffen werden, gleichfalls für die hier zu führende Diskussion nutzbar sind.

An den Anfang der Ausführungen sollen thesehaft die u. E. grundlegenden Aussagen aus der Literatur gestellt werden. Diese werden im nachfolgenden Abschnitt tiefer erläutert

1. Belebung der Wirtschaft ausgehend von regionalen Problemen und Ressourcen,

⁹ J. Maier: Perspektiven für den ländlichen Raum: Modernisierungs- versus endogene Entwicklungsstrategien. [IRS Graue Reihe 8, Perspektiven für den ländlichen Raum, Berlin 1995 (S. 9 ff.)] S.19ff.

¹⁰ ebenda S.53ff.

Nutzung endogener Potentiale der Region oder Wirtschaft von unten als Gegenpol zentralistischer Wirtschaftspolitik, die sich hauptsächlich auf Ballungszentren und die Entwicklung von Hochtechnologien konzentriert, ist ein Weg vor allem für ländliche Räume, Arbeitsplätze bei Berücksichtigung der Umweltbelange zu schaffen.

2. "Wirtschaft von unten" ist nur unter breiter **demokratischer Einbeziehung der Betroffenen**, d.h. der Bewohner, Gewerbetreibenden und deren Vereinigungen/Interessenvertretungen zu machen. Es geht bei der Organisation regionaler Selbsthilfe nicht darum, von außen Ideen zu oktroyieren, sondern darum, die Betroffenen zur Selbsthilfe zu aktivieren. Dazu sind bestimmte Strukturen und Einrichtungen erforderlich, die die "Hilfe zur Selbsthilfe" befördern und unterstützen.

3. Aktivierung endogener Kräfte setzt eine fundierte **Stärken-/Schwächen-Analyse** der Region voraus. Worauf können sich lokale Akteure bei der Entwicklung gewerblicher Strukturen stützen, wo besitzen sie die größten Erfahrungen bzw. noch Kapazitäten aus der Vergangenheit, die es wiederzubeleben gilt. Schwächen können auch als Chance verstanden werden, wenn zu ihrer Überwindung Kräfte mobilisiert werden. Es geht bei allen Aktivitäten darum, für alle Beteiligten die sozial, ökologisch und ökonomisch sinnvollste Lösung für konkrete Probleme zu konzipieren und durchzuführen. Aus wirtschaftsstruktureller Sicht sind **arbeitsplatzschaffende Branchen und Tätigkeitsfelder**, aber auch optimale Organisationsstrukturen der zu fördernden Einrichtungen zu finden.

Aus einer solchen Analyse ist ein **Entwicklungsleitbild** für die Region abzuleiten. Dieses stellt das Ziel für die künftigen Maßnahmen, Tätigkeiten, konkrete Entwicklungsprojekte dar.

4. Leitbilder, Vorhaben usw. dürfen unter den Bedingungen struktureller Unsicherheiten nicht starr sein, sondern sie müssen **flexibel** für alle äußeren Veränderungen gestaltet sein. Das Bedingungsgefüge für regionale Aktivitäten (z.B. die Arbeitsmarkt- oder Förderpolitik) ändert sich rasch und zum Teil erheblich, so daß darauf reagiert werden muß. Wichtig ist von Anfang an Wege zu suchen, um den **öffentlich geförderten mit dem privaten Sektor** zu verbinden. (vgl. Essener Konsens¹¹)

5. Wesentlich, dabei jedoch das komplizierteste Problem, ist die stabile **Finanzierung** aller lokalen Initiativen zur Belebung des wirtschaftlichen Lebens.

Birkhölzer drückt diese Zusammenhänge komprimiert aus:

"Weg von der herrschenden exogen oder export-orientierten Entwicklungsphilosophie hin zu einer eigenständigen, von den endogenen Potentialen getragenen Strategie von ökonomischer Selbsthilfe und lokaler Entwicklung."¹²

Dazu gehören als wesentliche Grundzüge¹³:

- Mobilisierung der lokalen Ressourcen für die Wiederherstellung der Reproduktions-

¹¹ Essener Konsens - Eine Stadt entwickelt Arbeitsmarktideen. Berufsförderungszentrum Essen e. V., Essen, [1995].

¹² K.Birkhölzer: Entwicklungsdilemmata in Berlin und Ostdeutschland (1993), Sozialer Zusammenhalt, Gemeinwesen- und Umweltentwicklung (1994). In: Veröffentlichungsreihe des Interdisziplinären Forschungsprojekts Lokale Ökonomie, Nr. 17. S.12

¹³ vgl. Ebenda a.a.O. sowie Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik. Workshop beim Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Hannover 1991. S.26

fähigkeit des Ortes bzw. der Region,

- vorrangige Nutzung und Aktivierung der Fähigkeiten und Kenntnisse der Bevölkerung (bedeutendste brachliegende lokale Ressource),
- Finanzierung von nützlicher Arbeit statt Finanzierung von Arbeitslosigkeit,
- Schaffung bzw. Wiederbelebung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe unter Nutzung historisch gewachsener Branchenvielfalt und -Strukturen, vornehmlich zur Verbesserung der Wohnsituation, gemeindenaher Dienstleistungen, Ver- und Entsorgung im kleinräumigen Maßstab, ..

zu 1. Nutzung endogener Potentiale für die Entwicklung ländlicher Regionen:

Das Konzept der **regionalisierten Strukturpolitik** ist für die Bundesrepublik und die EU nicht neu: Es existiert sogar ein EU-Fonds für "Regionale Strukturentwicklung". Allerdings, so muß hier vermerkt werden, tragen von EU, Bund oder dem jeweiligen Land geförderte Bestrebungen zur Regionalisierung des Wirtschaftslebens oftmals von Anfang an den Stempel der Bürokratisierung. In der Literatur schlägt sich das nieder in Diskussionen um die optimale Größe der Region, um die Notwendigkeit (oder nicht) von zusätzlichen Verwaltungsebenen zwischen Land und Kommune und deren Kompetenzen oder um die Umstrukturierung von Landesministerien usw. (Regionalorgane, Regionalkonferenzen, interministerielle Arbeitsgruppen, ...). Zugleich werden aber auch die Ergebnisse einer solchen Regionalisierung kritisch gewertet.

Der Ansatz bei Vertretern der alternativen Regionalisierung ist anders, er geht von den Interessen, der Lebenslage und den Erwartungen der Betroffenen, das heißt von basisdemokratischen Elementen aus. Das tragende Element der demokratischen Einbeziehung der Beteiligten fand seinen Ausdruck auch in der Bezeichnung "Wirtschaft von unten". Da die Probleme in strukturschwachen ländlichen Regionen für die Bewohner verschiedener Gemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften ähnlich gelagert sind, sollten sie objektiv auch ähnliche Interessen zu deren Lösung haben. Sie werden von sich aus die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns erkennen und die "Kirchturmmentalität" oder falsches Konkurrenzdenken überwinden können. Es gibt bereits viele Beispiele, wo die vorhandenen Barrieren durchbrochen wurden, weil die gemeinsame Strategie und die gemeinsamen Lösungsansätze Gewinn für alle brachten. Wichtig ist, daß von "regionalisierten Lösungen alle Beteiligten profitieren müssen und es nicht zu "Nullsummenspielen" kommt, bei denen einer auf Kosten des anderen gewinnt. Es hängt daher viel von der Bestimmung der gemeinsamen Tätigkeitsfelder und Handlungsstrategien ab, ob und in welchem Maße sich ein konkreter Partner beteiligt.

Ausgehend von Vorhandenem, der Feststellung von Defiziten sowie von politischen Prioritäten sind, zusammengefaßt, Strukturkonzepte für Regionen zu entwickeln, die sich in der Durchführung von ökologisch und sozial ausgewogenen Projekten realisieren (regionale Wirtschaftspolitik als von der Region gestaltete Wirtschaftsentwicklung¹⁴

Auszüge aus der Literatur:

- Seit Mitte der 80er Jahre werden für die Stabilisierung dünn besiedelter Räume anstelle der klassischen Wirtschaftsförderung (Bereitstellung von Investitionen und wirtschaftsnaher Infrastruktur) neue Strategieansätze verfolgt: bedarfs- und potentialorien-

¹⁴ Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik. Workshop beim Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Hannover 1991. S.57ff.

tierte Strategieansätze, Umsetzung endogener Entwicklungsstrategien¹⁵.

- Regionalisierung der Wirtschaftspolitik verlangt, die verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme - Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft usw. - aus ihrer bornierten Selbstbezüglichkeit herauszuführen und einen Prozeß in Gang zu setzen, der es den Akteuren erlaubt, mit ihren Ressourcen zur Entwicklung der Gesamtregion beizutragen. Die erforderliche Abstimmungsprozesse erfolgen über den Dialog ausgewählter Akteure.¹⁶

- Zentrale Leistung des "Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms des Landes Bremen": Wirtschaftspolitik bleibt nicht bei traditionellen Feldern stehen, sondern versucht, andere Politikbereiche wie Bildung, Wissenschaft, Umwelt, Arbeitsmarkt einzubeziehen¹⁷

- Kruse sieht Regionalpolitik als einen "Ansatz, der von der grundsätzlichen Selbstverantwortung der Regionen für ihre Entwicklungsprozesse ausgeht", Gegenstand ist somit die Dezentralisierung staatlicher Kompetenzen¹⁸

- Stärken der Konzepte der eigenständigen Regionalentwicklung: (1) sie zielen auf integrales, fachübergreifendes Handeln ab (wenn darauf bestehendes Förderinstrumentarium auch nicht eingerichtet ist), (2) sie bieten Möglichkeiten der Partizipation der ortsansässigen Bevölkerung, (3) sie setzen überwiegend auf stoff- und energiesparende lokale und regionale Produktionskreisläufe, sparsame lokale infrastrukturelle Ver- und Entsorgungsstrategien und Konsumweisen und sind damit zukunftsfähig¹⁹.

zu 2.: **Demokratische Mitwirkung der Betroffenen, Schaffung von basisdemokratischen Strukturen**

Die Frage der demokratischen Mitwirkung ist auf zwei Ebenen anzusiedeln:

1. in den Beziehungen zwischen Land und Kommunen bzw. den beteiligten Kommunen untereinander - das ist die Ebene der Verwaltung
2. auf der Ebene der Akteure, das heißt in der Mitwirkung breiter Kreise der Bevölkerung über Interessenvertretungen, Vereine, Organisationen oder Einzelinitiativen

(1) Geht man von der Ebene der EU oder des Bundes/Landes an die Regionalisierung, so versteht man die Mitwirkung hauptsächlich in der Beteiligung der Kreise bzw. Amtsgemeinden/Gemeinden. Es werden in die Leitungshierarchie strukturelle Zwischenebenen eingeführt, wie zum Beispiel Regionalkonferenzen oder Koordinierungsbüros, an denen die beteiligten Kommunalorgane bzw. Landesorgane beteiligt sind. Hier vor al-

¹⁵ J. Maier: Perspektiven für den ländlichen Raum: Modernisierungs- versus endogene Entwicklungsstrategien. [IRS Graue Reihe 8, Perspektiven für den ländlichen Raum, Berlin 1995] S.82

¹⁶ A. Krafft, G. Ulrich: Chancen und Risiken regionaler Selbstorganisation - Erfahrungen mit der Regionalisierung der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Leske+Budrich, Opladen 1993 S.73

¹⁷ Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik. Workshop beim Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Hannover 1991. S.1-18

¹⁸ ebenda S.37

¹⁹ H. Behrens, G. Franzky, T. Hartmann: Dorfberater in der Regionalentwicklung. In: pro regio, Nr. 17/1995. S.28f.

lem taucht die Frage der Kompetenzen gegenüber dem Land bzw. den einzelnen Kommunen auf. Inwieweit dürfen die Regionalorgane über Landesentscheidungen befinden oder umgekehrt, inwieweit dürfen sie in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen. Wie aus der Literatur in Einzelfällen zu erkennen ist, kommt es hierbei zu Widersprüchen, die der Sache der Regionalverwaltung nicht zugute kommen, wenn sie zum Beispiel die projektgebundene Vergabe von Fördermitteln betreffen. Dennoch lohnt es sich über die Funktionen und Aufgaben solcher regionalen Steuerungsgremien weiter nachzudenken wie:

* Regionalkonferenzen

mit ihnen geben sich Regionen eine eigene Identität, sie tragen damit zur Identifizierung der Bürger mit der Region bei²⁰; sie haben das Ziel, Regionale Entwicklungskonzepte zu entwerfen²¹

* Regionalverbände zur institutionellen Bearbeitung übergemeindlicher "regionaler Gemeinschaftsaufgaben"²²

* interministerielle Arbeitsgruppen²³

* regionale Entwicklungsgesellschaften und regionale Innovationsverbände²⁴

(2) Betrachtet man die eigenständige Regionalentwicklung jedoch von der Basis her, das heißt von der Ebene der Gemeinden oder höchstens Kreise, so wird die zentrale Einflußnahme hier nicht das entscheidende sein. Regionale Kooperation läßt sich funktionell nicht erzwingen, sie funktioniert, wenn sie sich für alle Beteiligten lohnt. Der Gegenstand der Zusammenarbeit muß die Eigeninteressen der Beteiligten ansprechen. Regionalisierung sollte nicht überorganisiert werden im Sinne von Schaffung neuer Ebenen in der Administration. "In vielen Bereichen genügt es völlig, wenn sich ein paar benachbarte Gemeinden zusammenfinden, und es gibt andere, da kann der Maßstab nicht groß genug sein ..., dazwischen liegen die Fälle mit mittlerer Reichweite."²⁵

Von außen wird sich die Unterstützung auf den Nenner "Hilfe zur Selbsthilfe" bringen lassen, denn das Auffinden und Aktivieren gemeinsamer Möglichkeiten zur Belegung des Wirtschaftssektors muß von den Beteiligten selbst vorgenommen werden. Dabei sind nicht nur die Kommunal- oder Kreisorgane gefragt, sondern alle Initiativen, die von den Bewohnern bzw. hier Tätigen ausgehen. Deshalb ist es wichtig, alle Ideen oder Initiativen zu koordinieren, herauszuarbeiten, wo die gemeinsamen Interessen, aber auch Unterschiede im Herangehen liegen. Die koordinierende Funktion kann verschiedenartig gesichert werden:

* Regionale Entwicklungsagenturen mit der Aufgabe, Initiativ-, Moderations- und Organisationsfunktion für Projekte der eigenständigen Regionalentwicklung wahrzunehmen²⁶

²⁰ Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik. Workshop beim Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Hannover 1991 S.37ff.

²¹ D. Fürst: Ökologisch orientierte Umsteuerung in Landkreisen durch Regionalmanagement. [Raumforschung und Raumordnung, Nr. 4/1995] S.253

²² ebenda

²³ Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik... a.a.O. S.37ff.

²⁴ Regionalisierte Strukturpolitik und arbeitsorientierte Beratung in NRW. Bericht der "Entwicklungsagentur für arbeitsorientierte Strukturpolitik (EfaS)" 1990 - 1992. Bochum, September

²⁵ Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik... a.a.O. S.73

²⁶ D. Fürst a.a.O. S.253

- * Regionalforen mit der Aufgabe, Aktivitäten relevanter Akteure in der Region durch Diskurse mit Experten in eine innovative regionale Entwicklungsschiene zu lenken²⁷
- * Regionalberater, der die Aufgabe hat, bei regionalen Entscheidungsträgern die Bewußtseinsbildung zu unterstützen, die Motivation geeigneter Projektträger anzuregen. Weiterhin geht es um Ideengenerierung, um Initiativberatung sowie um Kooperationsverbesserung.²⁸
- * Dorfberater erfüllen "Funktion als Mittler" zwischen Einwohnern und Gemeinde auf der einen und regionalen und überregionalen Ämtern auf der anderen Seite, sie organisieren oder "moderieren Veranstaltungen" zur Dorferneuerung, Einwohnerversammlungen, Veranstaltungen im sozialen Bereich²⁹. Dorfberater wurden (auch in Criewen) bisher sehr schnell und als kompetente Person in Fragen von Fördermitteln, der Projektinitiierung und -betreuung anerkannt; sie übernehmen zunehmend Aufgaben, die früher die hauptamtlichen Bürgermeister innehatten³⁰
- * Initiativberatung: regionale Strukturpolitik muß bereits im Vorfeld der Ideengenerierung motivierend, aufklärend und beratend sein³¹

*Fürst*³² setzt auf den Ansatz **Regionalmanagement**, da hier beide genannten Ebenen sinnvoll miteinander verknüpft werden können. Ausgangspunkt ist, daß Kooperation von der Sache her motiviert sein muß. Regionalmanagement basiert und zielt auf Interessengemeinschaft. Dazu sind konkrete Projekte besser geeignet als zum Teil abstrakte Regionalentwicklungskonzeptionen.

weitere Auszüge aus der Literatur:

- Eigenständige Entwicklungspolitik und Kooperation in einzelnen Regionen sind sicherlich sehr sinnvoll, dürfen aber nicht als Aufgabe des Landes administrativ durchgesetzt werden (als Aufgabe übergeordneter Instanzen). ... Ausrichtung der Entwicklungsstrategie auf innere Verflechtungen darf aber auch nicht zu "separatistischen" Bestrebungen führen, das heißt etwa zur Abkopplung von externen ~~Vorteilen~~ ^{Dorfentwicklung} voraus, daß Staat und Land nicht mehr zu definieren beanspruchen, was als Gemeinwohl zu gelten hat, es ist Aufgabe der Regionalkonferenzen (als Institution der Regionalisierung), die Entwicklungsmöglichkeiten ihrer Region aufzuzeigen und strukturwirksame Projekte auf den Weg zu bringen³⁴.

- Modellvorhaben "Neue Wege Peene-Nord" (finanziert über Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie über das Förderwerk Land- und Forstwirtschaft - Götz -):

Verein agiert unter der Flagge "Hilfe zur Selbsthilfe" auf drei Beratungsebenen:

- (1) allgemeine Orientierung, d.h. Leitbildentwicklung für die Region,
- (2) Konzeptentwicklung in einzelnen Fachbereichen wie Fremdenverkehr oder Land-

²⁷ ebenda S.254

²⁸ Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik... a.a.O. S.28

²⁹ H. Behrens, G. Franzky, T. Hartmann: Dorfberater in der Regionalentwicklung. In: pro regio, Nr. 17/1995 S.30

³⁰ Vom Dorf zur Region - Maßnahmen zur Dorfentwicklung in den neuen Ländern. [Alternative Kommunalpolitik, Nr. 2/1995] S.56f.

³¹ Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik... a.a.O. S.26

³² D.Fürst a.a.O. S.255ff.

³³ Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik... a.a.O. S.79ff.

³⁴ A. Krafft, G. Ulrich: Chancen und Risiken regionaler Selbstorganisation - Erfahrungen mit der Regionalisierung der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Leske+Budrich, Opladen 1993 S.79

wirtschaft,
(3) Projektberatung und Projektanbahnung³⁵

zu 3. Stärken-Schwächen-Analysen, Erarbeitung eines Leitbildes

Voraussetzung einer gezielten Nutzung endogener Potentiale für die wirtschaftliche Belebung einer Region ist die Analyse der Stärken (Möglichkeiten, Potenzen) und Schwächen (Entwicklungsfelder, wenn diese überwunden werden sollen). Es wird in der Literatur festgestellt, daß bei der Entwicklung regionaler Strategien häufig auf eine solche Analyse verzichtet wird, wodurch die Strategien selbst folgerichtig von der realen Basis abgehoben sein können. Natürlich gibt es eine ganze Reihe von Vorschlägen, welche Branchen bzw. Gewerbe im ländlichen Raum Ostdeutschlands besonders zu präferieren sind, weil sie sowohl von Ressourcen als auch vom Bedarf her als gesichert gelten (Öko-Landbau, Anbau nachwachsender Rohstoffe, umweltfreundliche Energiegewinnung, Fremdenverkehr, Infrastrukturmaßnahmen, Wohnungsbau, ...). Diese jedoch für einen ganz bestimmten Raum einzugrenzen und als die tatsächlich zukunftssträchtigen zu verifizieren, dazu bedarf es der genannten Stärken-Schwächen-Analyse und der Ableitung eines wirtschaftlichen Leitbildes der Region.

Für den ländlichen peripheren Raum wird das Leitbild sicherlich nicht die Erzielung von Anteilen am Weltexport darstellen, sondern auf die Versorgung der Region mit bestimmten Leistungen oder auf die Wiederbelebung traditioneller Gewerbe (auch mit überregionaler Bedeutung) zielen. Ansatzpunkte einer regionalisierten Strukturpolitik sind in ländlichen Räumen zumeist die bestehenden Klein- und Mittelbetriebe³⁶, die auch weiterhin gezielt zu fördern sind, einschließlich der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur mit dem Ziel der Ermöglichung des technologischen Wandels.

Breiten Raum nimmt in der Literatur die Rolle des Fremdenverkehrs als stabilisierender und arbeitsplatzschaffender Wirtschaftsfaktor ein³⁷.

Handlungsstrategien für kommunale und regionale Wirtschaftspolitik in strukturschwachen Räumen könnten sein³⁸:

- * Suche nach Marktnischen und Möglichkeiten der Mehrfachbeschäftigung (auch Freizeitwohnsitze), kulturhistorische Funktionen, Erholungs- und ökologische Funktionen
- * Handwerk und Kleingewerbe
- * ökologische Dorferneuerung mit ihrem Systemdenken.

Damit werden **Ziele** auf folgenden Gebieten verfolgt:

³⁵ J. Bühler: Neue Wege in Peene-Nord - Regionalentwicklung in einer bedrohten Agrarregion. [pro regio, Nr. 17/1995] S.34f.

³⁶ Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik... a.a.O. S.26f.

³⁷ vgl. u.a. E. Recker: Fremdenverkehr als Aufgabe der Landkreise. [Der Landkreis, Nr. 4/1996] S.185-190

³⁸ J. Maier: Perspektiven für den ländlichen Raum: Modernisierungs- versus endigene Entwicklungsstrategien. [IRS Graue Reihe 8, Perspektiven für den ländlichen Raum, Berlin 1995] S.9ff. sowie T. Gruhl: Regionale Entwicklungszentren - Ansätze für eine umwelt- und sozialverträgliche Technikgestaltung (1992). [Veröffentlichungsreihe des Interdisziplinären Forschungsprojekts Lokale Ökonomie, Nr. 12] S.3

- * Erneuerung alter, wertvoller Bausubstanz unter Berücksichtigung heutiger Wohn- und Arbeitsbedürfnisse
- * angepaßte Verkehrskonzepte
- * aktive Bodenpolitik (Verhinderung von Zersiedlungstendenzen, Bauland zu günstigen Bedingungen auch an junge ortsverbundene Familien)
- * leitbildorientierter, systematischer Ausbau der am Standort ansässigen Wirtschaftssektoren, -branchen und -betriebe zu einer sich ergänzenden, tragfähigen Gewerbestruktur,
- Abkehr von meist fremdgesteuerten und relativ konjunkturanfälligen Zweigbetrieben und Einzelhandelsgroßprojekten
- Förderung des ortsansässigen Kleingewerbes
- * Verwirklichung dezentraler und umweltverträglicher Energienutzungen
- * neue Formen der Versorgungsverbesserung in den Bereichen Verkehr, Dienstleistungen, Telekommunikation

weitere Auszüge aus der Literatur:

- Problem bei der Erarbeitung regionaler Entwicklungskonzeptionen ist oftmals eine oberflächlich-deskriptive Behandlung der regionalen Wirtschaftsstruktur - i.d.R. fehlt es an einer dynamischen Stärken-Schwächen-Analyse, die Entwicklungsprobleme und -chancen aufzeigt³⁹
- Standortvorteile der Region und ihrer Teilräume herausarbeiten⁴⁰
- drei Ansatzpunkte zur Aktivierung endogener Potentiale⁴¹:
 - * Suche nach Engpässen der Entwicklung, deren Beseitigung eine stärkere Nutzung der übrigen Potentiale erlaubt,
 - * Herausfinden besonderer "Begabungen", deren Förderung die Realisierung von Kostenvorteilen erlaubt
 - * Ausbau innerregionaler Verflechtungen
- Möglichkeit der Einrichtung von Telehäusern in strukturschwachen ländlichen Gebieten:
 - Grunddienstleistungen wie Telefon- und Telefaxdienstleistungen, aber auch Vielzahl von Möglichkeiten der Telematik für kleine und mittlere Unternehmen, mit Entwicklungsmöglichkeiten als Informations- und Bildungsstätten bzw. als Know-How-Zentren⁴²
 - Tele-Arbeitsplätze als umfangreiche Möglichkeit, auch im ländlichen Raum moderne Arbeitsplätze anzusiedeln⁴³
 - Handlungs- und Projektfelder, die für die Stabilisierung der dünn besiedelten Räume von besonderer Bedeutung sind⁴⁴:
 - * Sicherung infrastruktureller Grundversorgung und bedarfsgerechter Wohnbedingungen
 - * Stärkung ländlicher Zentren als Arbeits- und Versorgungsorte

³⁹ Regionalisierte Strukturpolitik und arbeitsorientierte Beratung in NRW... a.a.O.

⁴⁰ Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik... a.a.O. S.28ff.

⁴¹ ebenda S.79ff.

⁴² J. Maier: Perspektiven für den ländlichen Raum... a.a.O. S.41ff.

⁴³ J. Wuermeling: Informationsgesellschaft: Neubelebung des ländlichen Raums? [Der Landkreis, Nr. 2/1995] S.84-86

⁴⁴ J. Maier: Perspektiven für den ländlichen Raum... a.a.O. S.83; vgl. auch Quellen 1,2,6,7,8,13 (Literaturverzeichnis)

- * Schaffung von Erwerbsgrundlagen vor Ort (örtliches Unternehmerpotential, Wertschöpfungsketten, aktive kommunale und regionale Wirtschaftsförderung, Verknüpfung von Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung)
- * integrierte Sozialpolitik
- * Förderung von individuellen und lokalen Initiativen für die Bewältigung kommunaler Aufgaben
- * Identitätsförderung (Stadt- und Dorferneuerung, kulturelle und Freizeitangebote, Einbeziehung der Bevölkerung und der örtlichen Wirtschaft in gemeindliche und regionale Entscheidungsprozesse)

zu 4.: **Flexibilität in den Strategien, Public-Private-Partnerships:**

Nachdem das Leitbild der Region erstellt und strategische Strukturentscheidungen in Abstimmung mit allen Beteiligten erarbeitet wurden, geht es in die Phase der Erarbeitung von Handlungsstrategien und der konkreten Projektplanung. Dabei tritt auf Grund der Vielschichtigkeit notwendiger Entscheidungen bzw. Planungen und auch der Vielzahl der beteiligten Partner die Besonderheit ein, daß der Weg zum angestrebten komplexen "Endzustand" nicht eindeutig beschrieben werden kann. Mit anderen Worten: Die Komplexität der Aufgaben führt dazu, daß Akteure auf ein Trial- and Error-Verfahren angewiesen sind. Der Prozeß der Regionalisierung führt zu einer schwer kalkulierbaren Veränderung der Handlungsspielräume der Akteure, die sich viel stärker als früher auf die Interessen der Dialogpartner einstellen müssen⁴⁵.

Die Erstellung von langfristigen Entwicklungskonzeptionen mit definierten Endzuständen ist immer weniger geeignet, der Dynamik und Unsicherheit (Offenheit) der sozioökonomischen Entwicklung gerecht zu werden. Daher ist für die regionale Konkretisierung ein offenes Entwicklungsverständnis unverzichtbar: Die darauf aufbauenden Handlungskonzepte müssen flexibel und "fehlerfreundlich" sein. Planung und Umsetzung müssen enger miteinander verzahnt werden, um angepaßte regionale Entwicklungsstrategien verfolgen zu können⁴⁶.

Vor allem in ländlichen Regionen sollten Strategien zum Tragen kommen, die möglichst viele Optionen offenhalten⁴⁷.

Initiativen zu **Public-Private-Partnerships** als Zusammenarbeit von Wirtschaft, Verwaltung und Politik bei der Regelung kommunaler und regionaler Entwicklungsprobleme beruhen dort, wo sie funktionieren, nicht auf theoretischen Erkenntnissen, sondern haben sich in der praktischen Tätigkeit zur Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit zwangsläufig als Element wirtschaftlicher Vernunft herausgebildet. Insbesondere zeigt sich im Verlaufe der Arbeit, daß sich Komplexität, d.h. die Einbeziehung möglichst aller entscheidenden wirtschaftlichen Interessengruppen, und Flexibilität des Handelns notwendig bedingen.⁴⁸

Ein weiteres Beispiel dafür ist der "Essener Konsens". Hier haben sich Arbeitsamt, Stadtverwaltung, Verbände sowohl der Wirtschaft als auch Betroffener zu Gesprächen zusammengefunden und gemeinsame Projekte zur Belebung des Arbeitsmarktes aufgelegt. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stellen, wie praktisch nachgewiesen, keinen

⁴⁵ A. Krafft, G. Ulrich: Chancen und Risiken regionaler Selbstorganisation... a.a.O. S.80

⁴⁶ J. Maier: Perspektiven für den ländlichen Raum... a.a.O. S.82

⁴⁷ Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik... a.a.O. S.79ff.

⁴⁸ Studie zum Arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramm der Landesregierung... a.a.O. S.28ff.

Hemmschuh für die private Wirtschaft dar. Im Gegenteil: "Es ist für alle erkennbar, daß die Wirtschaft, insbesondere das Handwerk, zweifach profitieren kann: Durch zusätzliche Aufträge und die Gewinnung von Fachkräften. Andererseits sind ihr fachliches Know-how und ihre technische Ausstattung bei schwierigen Projekten unverzichtbar. ... Unverzichtbar ist die Einschaltung von Privatfirmen (als Generalunternehmer) auch dann, wenn wegen des finanziellen Risikos die Gewährleistung geregelt sein muß."⁴⁹

Für die Förderung ländlicher Räume, wie sie von der EG in den Gebieten der Zielkategorie 5b durchgeführt wird, besteht auch ein wesentliches Ziel in der Entwicklung von Private-Public-Partnerships im gerade dargelegten Sinne⁵⁰.

zu 5.: **Finanzierungsfragen**

Das Wirksammachen endogener Potentiale in strukturschwachen ländlichen Regionen stellt offensichtlich das komplizierteste Problem für die Akteure dar. Da auf "große Investoren", wie dargestellt, keine Hoffnung zusetzen ist, müssen andere Finanzierungsquellen eröffnet werden. Das ist unter den gegenwärtigen Bedingungen der immer enger werdenden Finanzierungsspielräume für Länder und Kommunen zeit- und kraftaufwendig und nicht immer von Erfolg gekrönt. Die EU (zunehmend auch der Bund) verlangt, daß deren Förderangebot in ein regionales Entwicklungskonzept eingebettet und dargestellt wird, wo der spezifische Beitrag des jeweiligen Förderprogramms zur regionalen Entwicklung liegt. Eine regionalisierte Förderkonzeption bzw. regionale Gemeinschaftsinitiativen dienen auch dazu, regionale Fonds bzw. Fördermittel aus unterschiedlichen Programmen zu bündeln oder eine stärkere Einbindung der Landesbanken in die regionalisierte Strukturpolitik zu erreichen⁵¹.

In den kommunalen Haushalten werden zur Kofinanzierung von Fördermitteln kaum überflüssige Finanzreserven auffindbar sein. Kommunen müssen ihren Beitrag zu konkreten Projekten jedoch nicht zwingend in Geld nachweisen. Oftmals ist es sinnvoller, durch Bereitstellung von sachlichen Werten (mietfreie Räume, Überlassung von Computern oder anderer Bürotechnik usw.) Arbeiten zu unterstützen.

Welche Fonds und Förderquellen stehen Kommunen zur Förderung der regionalen Entwicklung zur Verfügung? Dazu gehören z.B.

- BMBau-Initiativen für Ostdeutschland
- BMWi-"Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"
- "Raumordnungspolitische Handlungsrahmen" der MKRO
- Strukturfonds der EU für "eigenständige Regionalentwicklung"⁵²

In der ausgewerteten Literatur stützen sich die Akteure auf Mischfinanzierungen, das heißt Fördermittel werden kombiniert mit Öffentlichen Finanzen bzw. privaten Spenden.

Für das Regionalmanagement bietet sich an, die verschiedenen sektoralen Fördertöpfe

⁴⁹ Essener Konsens - Eine Stadt entwickelt Arbeitsmarktideen... a.a.O. S.15

⁵⁰ J. Maier: Perspektiven für den ländlichen Raum... a.a.O. S.14f.

⁵¹ Regionalisierte Strukturpolitik und arbeitsorientierte Beratung in NRW... a.a.O.

⁵² D. Fürst a.a.O. S.253; Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern ... ein bißchen Licht ins Dunkel. [Alternative Kommunalpolitik, Nr. 5/1995] S. 52ff.

wirksam zu bündeln, wie Mittel für landwirtschaftliche Programme mit Mitteln des Naturschutzes oder der Wasserwirtschaft.⁵³

Nicht zu unterschätzen ist die Förderung von Arbeitsplätzen im Rahmen des AFG über ABM bzw. sonstige befristete Fördermaßnahmen oder auf der Basis des BSHG für die Durchführung konkreter Maßnahmen der Dorf- /Regionalentwicklung, wenngleich auch hier die Bedingungen komplizierter werden⁵⁴.

Zugleich wird jedoch darauf verwiesen, daß die Akquisition von Fördermitteln nur in begrenztem Umfang möglich ist, weshalb im wesentlichen auf die Entwicklung der Eigeninitiative gesetzt werden muß⁵⁵. (27, S. 33)

weitere Auszüge aus der Literatur:

- Maßnahmen des "Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramms für Bremen und Bremerhaven" (WAP '95) - Bündelung in sog. Fonds⁵⁶:

- * Strukturfonds
- * Technologiefonds
- * Mittelstandsfonds
- * Standortfonds
- * Ökologiefonds
- * Sonderprogramm Bremerhaven

Für 1988 bis 1991 wurden pro Jahr ca. 270 Mio. DM eingesetzt (Haushaltsmittel), dabei war die Akquisition von Drittmitteln aus regionalen Förderprogrammen des Bundes (insbesondere der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur") und der EU erfolgreich.

Dieser Überblick zeigt, daß eine Vielzahl von Untersuchungen vorliegt, allerdings auch einige entscheidende Fragestellungen außerhalb des Interesses bleiben. Dies betrifft vor allem Fragen der *stofflichen Seite* regionaler Wirtschaftskreisläufe und Fragen des *Kapitalkreislaufes* (abgesehen von zufließenden Förderungen) in Regionen. In den folgenden Abschnitten soll daher ausgehend von der kritischen Würdigung der in der Literatur vertretenen und in den Regionen praktizierten Haltung zu regionalen Wirtschaftskreisläufen eigene Arbeitsthesen und Ansatzpunkte entwickelt werden.

⁵³ D.Fürst a.a.O. S.257. Dafür bietet allerdings, wie dargelegt, der Landeshausalt durch einen weitgehenden Abbau der Regionalförderung kaum Ansätze. Die Rolle von Spenden betreffend sei verwiesen auf M.Haibach: Fundraising. Spenden, Sponsoring, Stiftungen. Campus Verlag Frankfurt/Main 1996.
⁵⁴ Schroer: Aufbau von Arbeits- und Weiterbildungsagenturen im Rahmen einer offensiven Standortpolitik. [Der Landkreis, Nr. 11/1995] S.507ff.

⁵⁵ H.-K. Weiberg: Unterwegs in der Peripherie - Ein subjektiver Blick in die Dorf-Landschaft Ostbrandenburgs. [pro regio, Nr. 16/1995] S.33

⁵⁶ Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik... a.a.O. S.1ff.

PartnerInnen

Praktisch stellt sich nun aber die Frage, wo Ansatzpunkte für die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe zu finden sind, wie Bewegungen in diese Richtungen zu schaffen sind. Klar ist, daß man sich auf die Bereiche konzentrieren muß, auf die die regionalen Akteure auch tatsächlich Zugriff haben.

Dazu sind neben entsprechenden Analysen und Konzepten vor allem die Kooperation mit bestehenden sozialen Bewegungen von Bedeutung, namentlich solcher, die regionale Probleme in den Mittelpunkt ihres Selbstverständnisses stellen. Namentlich sind dies zur Zeit vor allem die Bewegungen LOKALE AGENDA 21 und NETZWERK GESUNDE STÄDTE von Bedeutung. Selbst auf Bündnissen beruhend manifestieren diese Initiativen die Einheit von wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklung konkreter Regionen. Dieser Ansatz prädestiniert sie eradezu als wesentliche Ansatzpunkte für die Entwicklung einer bestimmten Qualität regionaler Wirtschaftskreisläufe.

1. WO ist Bewegung - WER könnte PartnerIn werden?

„klassische“ Bedarfswelder

Armutsberichterstattung
Armutskonferenz

innovative Bereiche

Lokale Agenda 21
Netzwerk gesunde Städte

2. Bestimmung von konkretisierten Arbeitsfeldern

3. WIE gewinne ich die PartnerInnen und die Öffentlichkeit?

Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und Beschäftigungspolitik

Wenn von Regionalentwicklung gesprochen wird, muß die Frage der Beschäftigungsförderung in gleichem Atemzug wie die der Wirtschaftsförderung ausgesprochen werden.

Ein wesentliches Moment dabei ist, daß die Region, bei allen Problemen, gerade auf beschäftigungspolitisch wirksame Strukturen immer auch einen Zugriff hat - und sei es nur indirekt.

Beschäftigungsniveau und -struktur werden nicht durch wirtschaftspolitische, unternehmenspolitische und sozialpolitische Rahmensetzungen allein bestimmt. Sie sind Resultat des Zusammenwirkens dieser Elemente. Daher ist es fruchtlos, eines dieser Elemente einseitig als Ziel, ein anderes als Mittel zu betrachten. Beschäftigungs-, sozial-, unternehmens- und wirtschaftspolitische Gesichtspunkte müssen im Grundsatz gleichgewichtigen Niederschlag bei der Entwicklung von gesellschaftspolitischen Gestaltungsinstrumenten finden. Die ideologisch verstandenen Aussagen „eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik“ oder „nur eine starke Wirtschaft ermöglicht erfolgreiche Sozialpolitik“ führt zu der aus funktionaler Sicht zutreffenden Schlußfolgerung, daß dann **Strukturen und Instrumente, die wirtschaftliche und soziale Aktivitäten miteinander verbinden, legitime gesellschaftspolitische Gestaltungselemente sind**. Optimale gesellschaftspolitische Wirkungen, so der Umkehrschluß, werden dann erreicht, wenn die politischen Rahmensetzungen (Förderprogramme, Verwaltungsentscheidungen usw.) primär auf die Vermittlung dieses Zusammenhanges gerichtet sind.

Unter diesem Gesichtspunkt sind entsprechende politische Entscheidungen im Land, in den Kreisen und Kommunen zu untersuchen. An dieser Stelle soll dies vor allem im Rahmen einer Kritik des Arbeitsmarktpolitischen Programms der Landesregierung und der externen sowie internen Entwicklungsbedingungen einer Beschäftigungsgesellschaft erfolgen.

2.0.3. Entwicklungsprobleme aus der Sicht von Beschäftigungsgesellschaften

In der Literatur liegen bereits erste Untersuchungen zu Problemen, die mit der Entwicklung von Beschäftigungsgesellschaften zusammenhängen, vor.

Insbesondere werden folgende Probleme genannt, die sich weitgehend mit denen des hier betrachteten Unternehmens decken:

- (1) Diskontinuität der Finanzierung
- (2) Unsicherheit der steuerlichen Behandlung
- (3) demotivierende Einkommensgestaltung für die Beschäftigten
- (4) wenig entwickeltes Interesse der Gesellschafter
- (5) ideologische Vorbehalte bei potentiellen Auftraggebern
- (6) beschränkte Investitionsmöglichkeiten

(7) Brüche für ausgründende Projekte.

Es handelt sich hierbei durchweg um Probleme, die daraus resultieren, daß die Politik Beschäftigungsgesellschaften als **zeitweilige Erscheinung** betrachten will, die mit Besserung der konjunkturellen Situation verschwinden können. Diese Einschätzung entspricht allerdings nicht den Realitäten. Zwar sind derartige Strukturen immer wieder zerschlagen worden, allerdings ist die entstandene Lücke nie durch ein entsprechendes Mehr an Arbeitsplätzen geschlossen worden. Beispiele dafür sind insbesondere im norddeutschen Raum zu finden, wo in den siebziger/achtziger Jahren eine Reihe derartiger Projekte die Werttenkrise abfangen sollte. Beschäftigungsgesellschaften sind vordergründig geschaffen worden, um soziale Probleme zu lösen oder/und im Interesse künftiger möglicher Investoren investitionsvorbereitend wirksam zu werden.

Strittig ist, ob es sich bei diesen Unternehmen um „echte“ privatwirtschaftliche Unternehmen handelt, oder um quasi „Außenstellen des Sozialministeriums“, denen eine eigene Rechtspersönlichkeit abzusprechen sei. Insbesondere in der steuerrechtlichen Stellung ist diese Frage brisant, da keine endgültige und ausdrückliche Legaldefinition dieser Struktur gegeben ist. Mit der Eintragung in das Handelsregister als juristische Person (GmbH) werden im Grundsatz die rechtlichen Rahmen gesetzt, um das Unternehmen als solches entsprechend den Ziel- und Aufgabenstellungen der Gesellschafter, und soweit es den Einsatz von Finanzierungsinstrumenten der BA und des Sozialministeriums betrifft, in das wirtschaftliche Leben zu integrieren. Die Unternehmensstruktur wurde gemäß den vorhandenen Förderinstrumenten gestaltet. Hier liegt eine Spezifik gegenüber anderen Unternehmen.

Um die angestrebten sozialen Effekte zu erreichen, muß die Gesellschaft unstrittig wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, einschließlich der Begründung von Arbeitsverhältnissen.

Dies wird auch zweifelsfrei durch die im Arbeitsförderungsgesetz gegebene Bestimmung des Charakters eines Trägers einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zum Ausdruck gebracht:

§ 92 [Träger der Maßnahmen]

(1) Träger ist, wer die Maßnahme für eigene Rechnung ausführt oder ausführen läßt.

(2) Träger können sein

- 1. juristische Personen des öffentlichen Rechts,*
- 2. Unternehmen oder Einrichtungen des privaten Rechts, die gemeinnützige Zwecke verfolgen,*
- 3. sonstige Unternehmen oder Einrichtungen des privaten Rechts, wenn zu erwarten ist, daß die Förderung den Arbeitsmarkt in wirtschafts- oder sozialpolitisch erwünschter Weise belebt.*

Im Arbeitsförderungsgesetz wird weiter durch die Bestimmung des Charakters förderfähiger Arbeiten eine Beschreibung des Tätigkeitsfeldes von Beschäftigungsgesellschaften gegeben:

§ 91 [Bevorzugt geförderte Arbeiten]

...

(2) Arbeiten, die im öffentlichen Interesse liegen, können durch die Gewährung von Zuschüssen an die Träger der Maßnahmen gefördert werden, soweit die Arbeiten sonst nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt würden und die Förderung nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zweckmäßig erscheint. Die Förderung von Arbeiten, die ohne Verzug durchzuführen sind, ist ausgeschlossen. Gleiches gilt für Arbeiten, die üblicherweise von juristischen Personen des öffentlichen Rechts durchgeführt werden, es sei denn, daß es sich um Arbeiten im Sinne des Absatzes 3 Nr. 2 oder 4 in Arbeitsamtsbezirken handelt, deren Arbeitslosenquote im Durchschnitt der letzten sechs Monate vor der Bewilligung der Förderung mindestens dreißig vom Hundert über dem Bundesdurchschnitt gelegen hat. Neben den Zuschüssen können auch Darlehen oder Zinszuschüsse gewährt werden.

(3) Bevorzugt zu fördern sind Arbeiten, die geeignet sind,

1. die Voraussetzungen für die Beschäftigung von Arbeitslosen in Dauerarbeit zu schaffen, insbesondere die Folgen von Strukturveränderungen oder der technischen Entwicklung auszugleichen und strukturverbessernde Maßnahmen vorzubereiten, zu ermöglichen oder zu ergänzen oder
3. Arbeitsgelegenheiten für langfristig arbeitslose Arbeitnehmer zu schaffen oder
4. die soziale Infrastruktur zu verbessern oder der Erhaltung oder Verbesserung der Umwelt zu dienen.

Aber auch der durch den Gesetzgeber formulierte strukturpolitische Auftrag an die Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zieht zwingend den wirtschaftlichen Charakter der geförderten Maßnahme nach sich.

§ 96 [Verstärkte Förderung; Anpassung an Landesleistung]

(1) Die Bundesanstalt kann zur Sicherstellung der Restfinanzierung von Maßnahmen, die nach den §§ 91 bis 95 gefördert werden, weitere Beträge für die Gewährung von Darlehen und Zuschüssen bereitstellen (verstärkte Förderung). Aus diesen Mitteln sollen Zuschüsse vor allem für Arbeiten gewährt werden, durch die in angemessenem Umfang Dauerarbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden. Vorzugsweise sollen Arbeiten gefördert werden, die der Vorbereitung oder Ergänzung anderer wirtschaftsfördernder Maßnahmen, insbesondere der Anpassung an wirtschaftliche Strukturveränderungen oder dem wirtschaftlichen Fortschritt dienen.

(2) Darlehen und Zuschüsse nach Absatz 1 dürfen nur bewilligt werden, wenn auch das Land, dem die Arbeit zugute kommt, Darlehen oder Zuschüsse in angemessener Höhe und zu nicht weniger günstigen Bedingungen gewährt. Der Präsident der Bundesanstalt kann auf Antrag des Landes die Landesmittel zuteilen und verwalten.

(3) Die Bundesanstalt kann zur Durchführung der verstärkten Förderung durch Anordnung das Nähere über Voraussetzung, Art, Umfang und Überwachung der Förderung bestimmen.

Wenn, wie im Falle der Beschäftigungsgesellschaften, die Trägereigenschaft nicht im Rahmen eines karitativen (wie dies etwa bei den Verbänden der freien Wohlfahrt der Fall ist), wohl aber gemeinnützigen Grundauftrages realisiert wird, kann nicht gleichzeitig dieser Fakt herangezogen

gen werden, um den wirtschaftlichen Charakter der Tätigkeit zu verneinen. Vielmehr verstärkt die in §96(1) gewählte Formulierung, daß eine verstärkte Förderung insbesondere dann erfolgen soll, wenn die entsprechenden Arbeiten der „Vorbereitung oder Ergänzung **anderer** wirtschaftsfördernder Maßnahmen“ dienen. Damit erhalten ABM bzw. geförderte Arbeit generell einen Bezug zur Wirtschaftsförderung, der insbesondere mit Bezug auf die Verknüpfung von Förderinstrumenten des AFG mit weiteren Förderprogrammen, die insbesondere durch die Wirtschaftsministerien des Bundes und der Länder aufgelegt werden von Interesse ist.

Allerdings muß vermerkt werden, daß der Gesetzgeber es insbesondere in Verbindung mit den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in den letzten fünfzehn Jahren verabsäumt hat, die hier gegebene Definition an neue Realitäten anzupassen. Insbesondere ist die in §92 Nr.2 und Nr. 3 AFG gegebene Trennung von Gemeinnützigkeit und der Erwartung „daß die Förderung den Arbeitsmarkt in wirtschafts- oder sozialpolitisch erwünschter Weise belebt“ nicht einsichtig. Wohl ist die Absicht erkennbar, Förderinstrumentarien auch privatwirtschaftlichen Unternehmen generell zugänglich zu machen, soweit sie in genanntem Sinne Aufgaben durchführen; die Abgrenzung vom Gemeinnützigkeitskriterium zwingt aber diese Unternehmen dazu, derartige Ziele lediglich marginal zu betrachten. Eine tatsächliche Verknüpfung unternehmensstrategischer Ziele mit Beschäftigungseffekten ist so nicht oder nur in sehr begrenztem Maße möglich.

Beschäftigungsgesellschaften sind Unternehmen, die mit Hilfe marktorientierter wirtschaftlicher Tätigkeit soziale und beschäftigungspolitische Ziele zu realisieren haben. Sie entsprechen daher weitgehend der in der AO gegebenen Definition eines Zweckbetriebes.

AO § 65 Zweckbetrieb

Ein Zweckbetrieb ist gegeben, wenn

- 1. der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb in seiner Gesamtrichtung dazu dient, die steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecke der Körperschaft zu verwirklichen,*
- 2. die Zwecke nur durch einen solchen Geschäftsbetrieb erreicht werden können und*
- 3. der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb zu nicht begünstigten Betrieben derselben oder ähnlicher Art nicht in größerem Umfang in Wettbewerb tritt, als es bei Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke unvermeidbar ist.*

Insbesondere die im §66AO gegebene Sonderstellung der Verbände der Freien Wohlfahrt hinsichtlich ihres Zweckbetriebe bzw. die in §68AO gegebene Erweiterung könnte als Begründung für eine entsprechende Behandlung der Beschäftigungsgesellschaften und eine Anpassung der entsprechenden Rechtsvorschriften an die Rechtswirklichkeit begründen.

Durch ihre Aktivitäten nehmen diese Unternehmen am wirtschaftlichen Leben teil; sie kaufen Leistungen und sind damit Nachfrager, insbesondere nach regionalen Leistungen; sie nehmen an der Gestaltung des jeweiligen Wirtschaftsraumes teil, indem sie infrastrukturelle Aufgaben

realisieren; sie nehmen an der sozialen Gestaltung teil, indem sie spezifische Aufgaben hinsichtlich der sozialen Integration Erwerbsloser bzw. der Betreuung bestimmter sozialer Gruppen ausführen. Sie bieten Leistungen an, die aus der Sicht der Gesellschaft nach dem Kriterium vorhandener Nachfrage erbracht werden müssen - daß diese Leistungen aus der Sicht der BA dem Kriterium der Zusätzlichkeit genügen müssen, trifft nur eine politische Aussage über den Zustand des jeweiligen Marktsegmentes und schließt nicht aus, daß die Leistung wirtschaftlich, d.h. auch ggf. unter Realisierung eines Gewinns, erbracht wird.

Die Bindung der Finanzierung an die durch die BA vermittelten Vorgaben des Gesetzgebers, an durch Landes- und EU-Vorschriften gesetzt Vorgaben auf der einen Seite sowie die Begründung der Unternehmen als GmbH mit entsprechenden Gesellschafterverhältnissen sowie die im Interesse der Gemeinheit zu wahrende Sorgfalt im Umgang mit den verschiedenen Finanzierungsmitteln erfordert eine kaufmännische Buchführung. Beschäftigungsgesellschaften sind damit keine öffentlichen Einrichtungen, sondern privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen, die (allerdings auch nicht in allen Fällen) der öffentlichen Hand, die die Eigentümerfunktion als Gesellschafter wahrnimmt, gehören.

FAZIT

Beschäftigungsgesellschaften wie die StEG entsprechen in ihrem Ansatz völlig dem **Anliegen** des Arbeitsförderungsgesetzes. Sie können die dort eingeforderte Verbindung von Arbeitsplatzschaffung realisieren, weil und nur indem sie eine wirtschaftliche Tätigkeit, die sich an den Marktverhältnissen orientiert, leisten. Es ist daher geboten und berechtigt, im Interesse der Realisierung der struktur- und arbeitsmarktpolitischen Aufgabenstellungen, Beschäftigungsgesellschaften grundsätzlich als Wirtschaftsunternehmen, die durch wirtschaftliche Tätigkeit und unter der Möglichkeit der Gewinnerzielung diese Aufgaben wahrnehmen, zu betrachten und sie etwa Zweckbetrieben gleichzustellen. Entscheidend wäre, wie die Verteilung von Gewinnen erfolgt. Anzustreben wäre ihr Einsatz zur Realisierung des Unternehmenszweckes, der durch die bereits genannten Aufgaben bestimmt wird. Neben der zu erwartenden Entlastung öffentlicher Haushalte wäre so ein maximaler sozialer Effekt insbesondere bei der Integration der sog. arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen erreichbar.

Die geübte Praxis, derartige Gesellschaften als „nicht vollwertig“ einzustufen, ist lediglich als ideologisch motiviert einzuschätzen.

Durch ein entsprechendes Regelwerk muß die Rechtsstellung von Beschäftigungsgesellschaften konkret und zuverlässig bestimmt werden.

3.1.2. Beschäftigungsgesellschaften als Marktfaktoren

Beschäftigungsgesellschaften treten in verschiedener Form als Marktfaktoren auf:

- Nachfrage der dort Beschäftigten
- Nachfrage der Gesellschaft nach Gütern und Leistungen
- Erhaltung und Verbesserung der Standortqualität durch

Reproduktion örtlicher Infrastruktur

Reproduktion der Qualität des Faktors Arbeit

- Markt- und Standortentwicklung durch innovative bzw. anderweitig risikobehaftete Entwicklungen.

i.A. wird argumentiert, daß Beschäftigungsgesellschaften den Wettbewerb verzerren und /oder die Entwicklung von Existenzgründungen verhindern. Finanzielle Mittel, die Beschäftigungsgesellschaften zur Verfügung gestellt werden, wären besser als Beihilfen für andere Unternehmen angelegt.

Natürlich ist es richtig, daß die Gefahr besteht, daß die nach der **jetzigen** Rechtslage „billige“, da subventionierte Arbeit von Beschäftigungsgesellschaften zu Problemen bei anderen Unternehmen führt. Die Widersprüchlichkeit der Wirkung ist aber allen Arten von Subventionen eigen - damit trifft dieses Argument nicht den Kern des Problems. Hier läge eine Aufgabe für die Gesellschafter, entsprechende Aufgaben und Begrenzungen für das Unternehmen zu formulieren und durchzusetzen.

Welche Rolle Beschäftigungsgesellschaften tatsächlich als Marktfaktor spielen, ob sie subventionierter Konkurrent, bedachter Strukturgestalter oder risikofreudiger Pionier sind, kann nur ein Vergleich zwischen der gegebenen Wirtschaftsstruktur, den Richtungen von Existenzgründungen bzw. Zuwanderungen und den Tätigkeitsfeldern von Beschäftigungsgesellschaften in konkreten Fällen belegen.

Für den Kreis Uecker-Randow wird so etwa eingeschätzt, daß

- „es kaum noch Unternehmen gibt, die eigene Produkte herstellen. Die meisten Unternehmen beschäftigen sich mit dem Vertrieb oder der Verarbeitung bezogener Erzeugnisse.“

- die bestehenden, noch relativ „großen“ 43 Unternehmen des produzierenden Gewerbes gruppieren sich vor allem in folgenden Bereichen:

Bau- und Baunebengewerbe/Baumaterialien 22

Metallverarbeitung 2

Möbel 4

Import/Export	1
Nahrungsgüterindustrie	6
Werkzeugmaschinenbau	5
Leuchtenproduktion	2
Grundstoffindustrie	1

- die Beschäftigten im tertiären Sektor konzentrieren sich in den Bereichen Einzelhandel, Gastgewerbe, Großhandel, in 230 Unternehmen im Bereich Banken und Versicherungen sowie in 61 Unternehmen der Wirtschafts-, Steuer- und technischen Beratung

Dem stehen als Tätigkeitsfelder der Gesellschaft gegenüber:

Forstbereich	3 Projekte	16,7 Besch./Proj.
Renaturierung	12	27,4 Besch./Proj.
Sanierung und Abriß	11	14,8 Besch./Proj.
Dorferneuerung	13	16 Besch./Proj.
Planung/Projektierung/Verwaltung	4	10,5 Besch./Proj.
Rad- und Wanderwegbau	6	17,7 Besch./Proj.
Sozialarbeit	8	6,75 Besch./Proj.
Abfallverwertung	1	3 Besch./Proj.
Tourismus	2	11 Besch./Proj.
Technikverwertung	3	17,3 Besch./Proj.

Weder hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung, noch hinsichtlich der Projektgröße lassen sich aus dieser Gegenüberstellung gravierende Beeinträchtigungen des Gründungsgeschehens bzw. der Unternehmensentwicklung im privatwirtschaftlichen Bereich ableiten. Derartige Probleme sollten als marginale Fragen innerhalb der Unternehmensstruktur nach dem Eingreifen der Gesellschafter abzufangen sein, soweit entsprechenden Projektveränderungen nicht die rigide externe Finanzierungspolitik entgegensteht.

Stellt man die Strukturierung der generellen Wirtschaftsentwicklung und die Unternehmensstruktur der Beschäftigungsgesellschaft gegenüber, ist vor allem darauf zu verweisen, daß

- a) die Verknüpfung landschafts- und ortsgestaltender sowie potentiell innovativer mit sozialen Projekten in einer Unternehmensstruktur sowohl für die strukturelle Entwicklung der Region als auch für die Perspektive von Ausgründungen besonders günstige Voraussetzungen schafft

- b) die aus diesem Zusammenwirken erwachsenden Synergieeffekte spezifische soziale und unternehmerische Antriebe freisetzen können, die aktivierende Wirkungen auf den lokalen Markt ausüben
- c) die Beschäftigungsgesellschaft in solchen Bereichen wie der Umweltsanierung und Technikverwertung, die für Existenzgründer mit hohem Risiko behaftet sind, eine Pionierrolle ausüben.

FAZIT

Beschäftigungsgesellsch

aften sind als Marktfaktoren in das wirtschaftliche Leben von Regionen integrierbar. Sie können bei entsprechender Gestaltung und bei entsprechender Aktivität der Gesellschafter einen Beitrag zur innovativen Umgestaltung und Entwicklung insbesondere dieser regionalen Märkte leisten und mittelständische Strukturen stützen. Es sollte darauf hingewirkt werden, daß Beschäftigungsgesellschaften und ortsansässige KMU stabile Kooperationsbeziehungen eingehen.

3.1.3. Finanzierung von Beschäftigungsgesellschaften

Allgemein wird die Finanzierung von Beschäftigungsgesellschaften insbesondere aus der Sicht der Erschließung von „Fördertöpfen“ behandelt.

Die Finanzierung der Arbeit von Beschäftigungsgesellschaften wird vor allem dadurch bestimmt, daß sie nicht als Finanzierung der durch den Gesetzgeber fixierten Aufgabe, sondern durch die vom Arbeitsamt erfolgende Zuweisung von Arbeitskräften erfolgt. Hinsichtlich der Sachmittel und des erforderlichen Stammpersonals werden diese Gesellschaften wie Dienststellen behandelt. Nicht genutzte Mittel müssen zurückgeführt werden.

Die Frage ist damit die nach der Adäquatheit zwischen der durch den Gesetzgeber formulierten Aufgabe und der derzeitigen Finanzierungsform. Wie dargestellt müssen die Gesellschaften wirtschaftlich tätig werden und am Markt agieren, sie sollen im Rahmen ihrer sozialen Aufgabenstellung Maßnahmen der Reintegration in bzw. Anpassung an den Arbeitsmarkt realisieren und sie sollen schließlich durch ihr agieren die regionalen Wirtschaftsstrukturen verbessern helfen. Von den Gesellschaften wird somit ein hohes Maß an **Anpassungs- und Innovationsfähigkeit** bei gleichzeitiger Orientierung auf regionaler Erfordernisse erwartet. Dies setzt voraus

- eine hohe Motivation der Beschäftigten,
- Risikofreudigkeit der Geschäftsführung,
- Kooperationsfähigkeit der regionalen öffentlichen Körperschaften,

- die Möglichkeit externer Konsultationen und Beratungen zur Marktentwicklung bzw. eigener umfangreicher Arbeiten auf diesem Gebiet,
- Beweglichkeit bei der Allokation finanzieller Ressourcen und
- entsprechende finanzielle Reserven
- Möglichkeit der Ausschöpfung von Synergieeffekten zwischen den verschiedenen Bereichen der Beschäftigungsgesellschaften und damit eine höhere Effektivität des Förder- und Eigenmitteleinsatzes.

Die gegenwärtige Finanzierungspraxis widerspricht, so zeigt schon diese grobe Skizze des Anforderungsspektrums, den Anforderungen, die an die Gesellschaften gestellt werden. Finanzierungssystem und Aufgaben sind einander nicht adäquat. Dies treibt die Gesellschaften in die Zwangssituation, einen enormen Aufwand zu treiben, um verwaltungsadäquate Begründungen für neue Projekte zu erstellen. Damit aber werden die Interessen der Akteure in diesen Gesellschaften fehlgeleitet; nicht die letztendlichen regionalstrukturellen, sozialen und wirtschaftlichen Erfolge bestimmen die Arbeit, sondern die formale Anpassung der Einzelprojekte an Vorgaben, die zu diesen Zielen nur in lockerer Beziehung stehen. Für die Gesellschafter ist eine solche Gesellschaft daher eher ein Risikofaktor, denn wirtschaftspolitisches Instrument.

Aus der Sicht der Aufgaben der Gesellschaften müßte die Finanzierung so gestaltet werden, daß sie einerseits der Gesellschaft Spielräume für die Realisierung der sozialen Aufgaben läßt, andererseits jedoch auch das Interesse erzeugt, diese Aufgaben wirtschaftlich effektiv zu realisieren. Anzustreben ist, daß über diesen Weg soziale Aufgaben zunehmend im Rahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit nicht nur gelöst, sondern auch finanziert werden.

Gleichzeitig müßten derartige Finanzierungsmodelle die Interessen der Region und der evtl. auch privatwirtschaftlicher Partner dahingehend bündeln, die Beschäftigungsgesellschaften als Instrument der regionalen Entwicklung zu nutzen. Insoweit existiert hier ein enger Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der Gesellschafterfunktion durch Kommunen bzw. andere Träger gegenüber Beschäftigungsgesellschaften.

Beschäftigungsgesellschaften müssen bewußt in den Widerspruch zwischen wirtschaftlichen Effizienzkriterien und sozialen Anforderungen, zwischen langfristigen und kurzfristigen Erfordernissen sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung gestellt werden. Im Unterschied zu öffentlichen Verwaltungen oder Staatsbetrieben (bei denen wirtschaftliche Tätigkeit meist mit der Verleihung eines Monopols oder umfangreichen Subventionen verbunden ist) würde eine mehrgliedrige Finanzierung auf der einen und eine weitgehende Offenheit für verschiedene Entwicklungsvarianten von Projekten auf der anderen Seite einmalige Möglichkeiten für die Realisierung verschiedenartiger Varianten von Regio-

alentwicklung eröffnen. (Ist doch die Variantenlosigkeit in der Entwicklung struktur- und sozialpolitischer Strategien gerade in den Bundesrepublik bedrückend.)

FAZIT

Die Auflösung der rigiden Finanzierungsrahmen ist eine Grundvoraussetzung, wenn Beschäftigungsgesellschaften und auch KMU nachhaltig beschäftigungswirksam werden sollen. Aus der Sicht des Arbeitsmarktpolitischen Programmes kann das vor allem durch die Herstellung höchster Rechtssicherheit für Beschäftigungsgesellschaften, die ggf. auch Finanzierungsansprüche einschließen kann, durch die Bildung regionaler Fonds aus landes- und kommunalen Mitteln und eine aktivere Politik der Sparkassen und der Landesbank erreicht werden. Zu flankieren wären derartige Schritte durch die Bereitstellung kommunaler und landeseigener Immobilien als Besicherung eigener beschäftigungspolitischer Finanzierungslinien.

Die Frage nach dem möglichen und notwendigen Stellenwert von Beschäftigungsgesellschaften im Wirtschaftsleben ist eng mit der nach dem Lebenszyklus des Unternehmens verbunden. Auf welchem Weg werden die gewünschten Resultate seiner Tätigkeit erreicht? Welche zeitlichen Horizonte sind bei der Bereitstellung finanzieller Mittel, bei der Strukturierung und Entwicklung der Belegschaften sowie der Geschäftsführung in Rechnung zu stellen? Wann sind bestimmte erwünschte Resultate aus der Tätigkeit des Unternehmens zu erwarten? Wie muß die Personalplanung des Unternehmens aussehen?

Die Beantwortung dieser Fragen erfordern die Entwicklung eines spezifischen „sozio-ökonomischen Controllings“, das soziale und ökonomische Resultate der Tätigkeit des Unternehmens insgesamt wie seiner Projekte untersucht und für Gesellschafter, Geschäftsführung und den Arbeitsämtern Entscheidungsgrundlagen liefert. Insbesondere ist so eine begründete Bestimmung der Zweckmäßigkeit von Projekten und von Ausgründungen möglich. Im Mittelpunkt muß dabei die Abwägung von drei Anforderungsebenen stehen:

- (1) die Bewertung der sozialen Effekte, d.h. der Realisierung der individualorientierten Aufgaben (Erhaltung bzw. Reaktivierung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, soziale Reintegration)
- (2) die externen Wirkungen hinsichtlich ihres direkten oder indirekten Beitrages zur Entwicklung des betreffenden Wirtschafts- und Sozialraumes
- (3) Richtung und Formen von Ausgründungen.

Das bedeutet jedoch einen Bruch mit der bisherigen Praxis, daß sich die Gesellschaften nicht nach Entwicklungsnotwendigkeiten strukturieren können, sondern entsprechend den gebotenen Finanzierungsvorgaben, die ihrerseits vor allem haushaltspolitischen, nicht wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Erwägungen folgen. Ein derartiges Verständnis von Erfolgskontrolle unterscheidet sich ebenfalls von der durch das AMV-Programm vorgesehene Form des externen Controllings durch die TGL. Die unter dem Punkt „19. Trägergesellschaften“ gegebene

Richtung sieht eher Kontrolle, denn Controlling vor.

3.2.2. Ausgründung als beschäftigungs-, sozial- und wirtschaftspolitisches

Instrument

Die Ausgründung aus einer Beschäftigungsgesellschaft, also die Begründung eines neuen Unternehmens auf der Basis von in der Beschäftigungsgesellschaft erarbeiteten Verfahrens- oder Produktideen und der dort erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten ist eine der möglichen Formen des Projektabschlusses und des Einsetzens eines neuen Lebenszyklus einer solchen Gesellschaft.

Insbesondere stellen sich drei Fragen:

- (1) Wie kann erreicht werden, daß den Ausgründungen optimale, wenigstens gleichartigen klassischen Gründungen gleichwertige Bedingungen geschaffen werden?
- (2) Wie können Ausgründungen darüber hinaus Möglichkeiten, Unternehmenskonzepte zu verwirklichen, die auf anderer Ebene der Einheit wirtschafts- und sozialpolitischer Gesichtspunkte verpflichtet sind? (Reproduktion des „Unternehmensethos“ einer Beschäftigungsgesellschaft)
- (3) Wie kann eine Beschäftigungsgesellschaft durch Ausgründungen gestärkt werden oder wenigstens ihre Schwächung verhindert werden?

Die generellen Probleme von Aufgründungen sind u.a. durch Brater/Lindig/ Maurus/Eisbach /Schuldt in den Beiträgen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung BeitrAB 173 untersucht worden. Sie decken sich weitgehend mit den im Rahmen der Arbeit an der vorliegenden Studie erlangten Ergebnissen. Zudem gilt es, Schlußfolgerungen aus den in den vergangenen Jahren vorgenommenen Untersuchungen zur Stabilität von Existenzgründungen generell zu ziehen. Eine in einer konjunkturell günstigen Phase vorgenommene Untersuchung im Großraum München belgt so, daß insbesondere die **Kapitalausstattung** bei Gründung den entscheidenden Einfluß darauf ausübt, inwieweit ein Unternehmen einen längeren Zeitraum überlebt. (vgl. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1/1991; Determinanten der Überlebenschancen neugegründeter Kleinbetriebe/J.Brüderl. u.a.) Diese Aussagen wiederum decken sich mit empirischen Erfahrungen mit der Betreuung von Existenzgründungen in den ostdeutschen Bundesländern nachdrücklich. Genauso kommt eine Analyse der IHK Schwerin zu den Geschäftsverbindungen zwischen Unternehmen und Kreditinstituten in Westmecklenburg zu dem Ergebnis, daß mangelndes Eigenkapital zu den häufigsten Ursachen für die Ablehnung von Anträgen auf Kredite durch Existenzgründungen ist.

Setzt man die Ausgründungsphase in Beziehung zu der oben skizzierten Aufgabe von Beschäftigungsgesellschaften, ergäbe sich vor diesem Hintergrund eigentlich die Forderung einer weitgehenden Anpassung der in dieser Phase zum Einsatz kommenden Instrumente (Finanzierungsmodelle, Marktbearbeitung, Arbeitsorganisation) im Verbund mit der Basisgesellschaft selbst an die spezifischen verschiedenartigen Voraussetzungen sowie eines

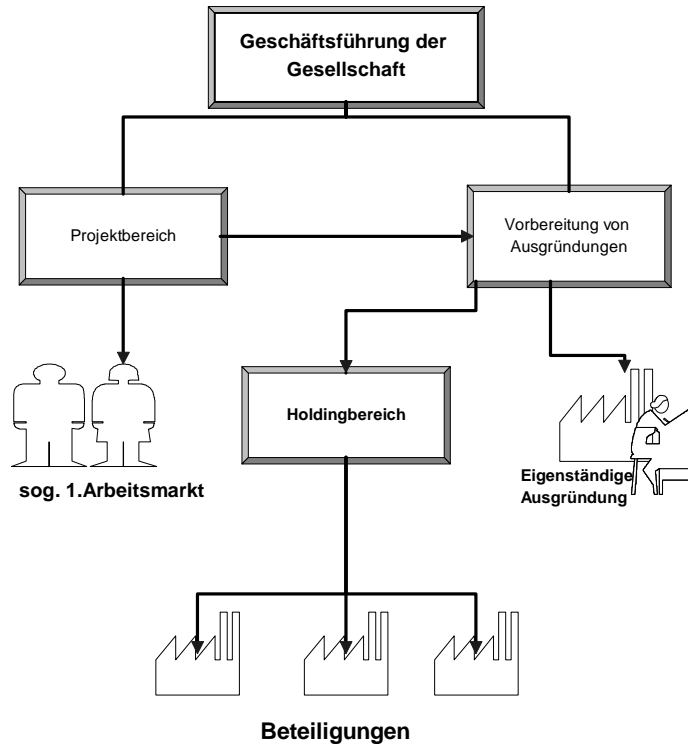
selbst an die spezifischen verschiedenartigen Voraussetzungen sowie eines weitgehend gleitenden Überganges in die wirtschaftliche Selbständigkeit. Die erwähnte Studie zum Ausgründungsgeschehen führt neben institutionellen auch individuelle Schranken für Ausgründungen an, die eben durch eine solche Weiterführung des immer wieder betonten Ansatzes individueller Förderung auch in der Ausgründungsphase abzubauen wären.

Die Anforderungen an die Entscheidung über Zweckmäßigkeit und Wege von Ausgründungen hängen eng damit zusammen, inwieweit die betreffenden Projekte tatsächlich perspektivisch strukturprägend wirken und/oder im Zusammenwirken mit anderen Projekten der Gesellschaft derartige Wirkungen entfalten.

Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es in erster Näherung unter Maßgabe der unter Punkt 1.6. des vorliegenden Materials zweckmäßig, eine Strukturierung von Beschäftigungsgesellschaften in verschiedenen Säulen, wovon eine dieser Säulen als Holding für Ausgründungen strukturiert wird, anzustreben.

Damit werden die für Mecklenburg-Vorpommern und für die ostdeutschen Bundesländer generell typischen Probleme, wie Eigenkapitalschwäche, fehlende Besicherung, fehlende Marktzugänge und fehlende informelle Verbindungen zu Banken u.a. Institutionen, wenigstens teilweise kompensiert werden können.

Dabei sollte der Begriff der Ausgründung weiter als bisher gehandhabt werden. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt der engeren Verbindung regionaler Interessen mit den Aktivitäten der Beschäftigungsgesellschaften sowie der Wahrnehmung der Gesellschafterfunktion durch Kommunen und/oder andere regionale Körperschaften könnten Ausgründungen in Eigenbetriebe der Kommunen bzw. Kreise oder in Unternehmen in kommunalem Besitz u.U. einen Beitrag zur Revitalisierung der Wirtschaftskreisläufe leisten.



Der Holdingbereich bzw. die Unternehmen dieses Bereiches selber könnten im Gegenzuge darüber hinaus als Auftraggeber oder Träger für weitere Projekte auftreten bzw. insbesondere Maßnahmen zur Integration sog. arbeitsmarktpolitischer Zielgruppen übernehmen.

3.2.3. Beschäftigungsgesellschaften als Sozialbetriebe/Beschäftigungsgesellschaft und Sozialbetriebe

Mit dem vorliegenden Programm „Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern“ wird in einem eigenen Abschnitt (17.) der „Marktorientierte Arbeitsförderbetrieb“ als Sozialbetrieb in die Beschäftigungspolitik des Landes eingeführt. Im Unterschied zu einer Beschäftigungsgesellschaft liegt der Schwerpunkt der Tätigkeit derartiger Betriebe ausschließlich in der Beschäftigung sog. arbeitsmarktpolitischer Zielgruppen. Damit ist eine grundsätzliche beschäftigungspolitische Frage aufgeworfen: Sollen arbeitsmarktpolitische Zielgruppen in einzelnen Betrieben „konzentriert“ werden oder sollen sie in Unternehmensformen integriert werden, die einen gewissen sozialen Querschnitt innerhalb der Belegschaft bieten. Zweifelsfrei ist der letztgenannte Weg aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen zu präferieren. Sinnvoll wäre damit die Integration von Arbeitsförderbetrieben in ABS-Gesellschaften oder besser die gleichgewichtige Integration von sog. Problemgruppen in die im Rahmen dieser Gesellschaften laufenden Projekte. Insbesondere die in diesen Gesellschaften bereits vorhandenen Infrastrukturen und sozialen Erfahrungen lassen erwarten, daß die im Landesprogramm vorgesehenen Mittel so bedeutend zielgerichteter und mit größerer Effektivität eingesetzt werden können.

Aber auch unter einem weiteren Gesichtspunkt wäre ein solches Herangehen sinnvoll. Geht man von den Ursachen der anhaltenden Arbeitslosigkeit aus, so greift das Konzept der Arbeitsförderbetriebe nicht an diesen an. Im Unterschied zu Hessen, wo dieses Modell ja seine weiteste Entwicklung erfahren hat, geht es in Mecklenburg-Vorpommern eben nicht darum, diejenigen, die aus den verschiedensten Gründen den Anforderungen des regulären Arbeitsmarktes nicht entsprechen, aufzufangen. Es geht darum, erst einmal Marktbeziehungen innerhalb der Regionen wieder aufzubauen. Somit erscheint eine Verbindung der im Landesprogramm vorgesehenen Mittel mit der Kompetenz von Beschäftigungsgesellschaften bedeutend perspektivreicher als die Begründung neuer Strukturen und Finanzierungslinien.

Diese Erwägungen werden durch einen weiteren Gesichtspunkt ergänzt, der insbesondere auf die perspektivische Gestaltung von Sozialpolitik orientiert.

Bereits durch den hohen Anteil an Sozialprojekten sind die Beschäftigungsgesellschaften eng mit der Frage nach der zukünftigen Gestaltung sozialer Dienstleistungen im weitesten Sinne konfrontiert. Neben der anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit und der generellen demographischen Entwicklung ist es für Mecklenburg-Vorpommern auch und nicht zuletzt der negative Saldo der Binnenwanderung, der insbesondere in die Bereichen Pflege und Betreuung älterer Menschen, der hier allgemeine Fragen mit besonderer Schärfe deutlich macht.

Unter diesem Gesichtspunkt bilden Beschäftigungsgesellschaften einen wichtigen Hebel, um

den Stellenwert und die Professionalität der beruflichen und ehrenamtlichen Arbeit in diesen Bereichen zu erhöhen. Trotz einiger positiver Ansätze scheitern alle Versuche in dieser Richtung immer wieder am Zustand insbesondere der öffentlichen Haushalte auf der einen und einem weitgehenden Unverständnis der Wirtschaft diesen Fragen gegenüber (und der chronischen Kapitalschwäche der Unternehmen in der betrachteten Region) auf der anderen Seite. Die Nutzung der Potentiale von Beschäftigungsgesellschaften sind in diesem Bereich somit zweifach zu sehen -

- (1) die in Projekten, meist auf ABM-Basis geleistete Arbeit bedeutet nicht nur Beschäftigung und Reproduktion sozialer Infrastruktur, sondern auch und nicht zuletzt Reproduktion sozialer Kompetenz. Im sozialen Organismus wie auch in der wirtschaftlichen Struktur des Unternehmens bieten sich eine Vielzahl von Ansatzpunkten, um soziale Betreuung mit Integration in die Arbeitswelt, ehrenamtliche mit beruflicher Sozialarbeit, Pflege mit Rehabilitation zu verbinden.
- (2) Entwicklung von Formen eines social sponsoring, einer engeren Verknüpfung wirtschaftlicher und sozialer Kreisläufe in den Regionen. Dies wird in der ersten Phase durch die Beschäftigungsgesellschaften wirtschaftlich begründet, setzt damit aber auch für die Region bestimmte Normen, die sich an den regionalen Gegebenheiten orientieren. Dabei kann die Gesellschaft selbst, der Holdingbereich bzw. die Unternehmen dieses Bereiches sowie weitere Ausgründungen als Partner in Erscheinung treten.

FAZIT

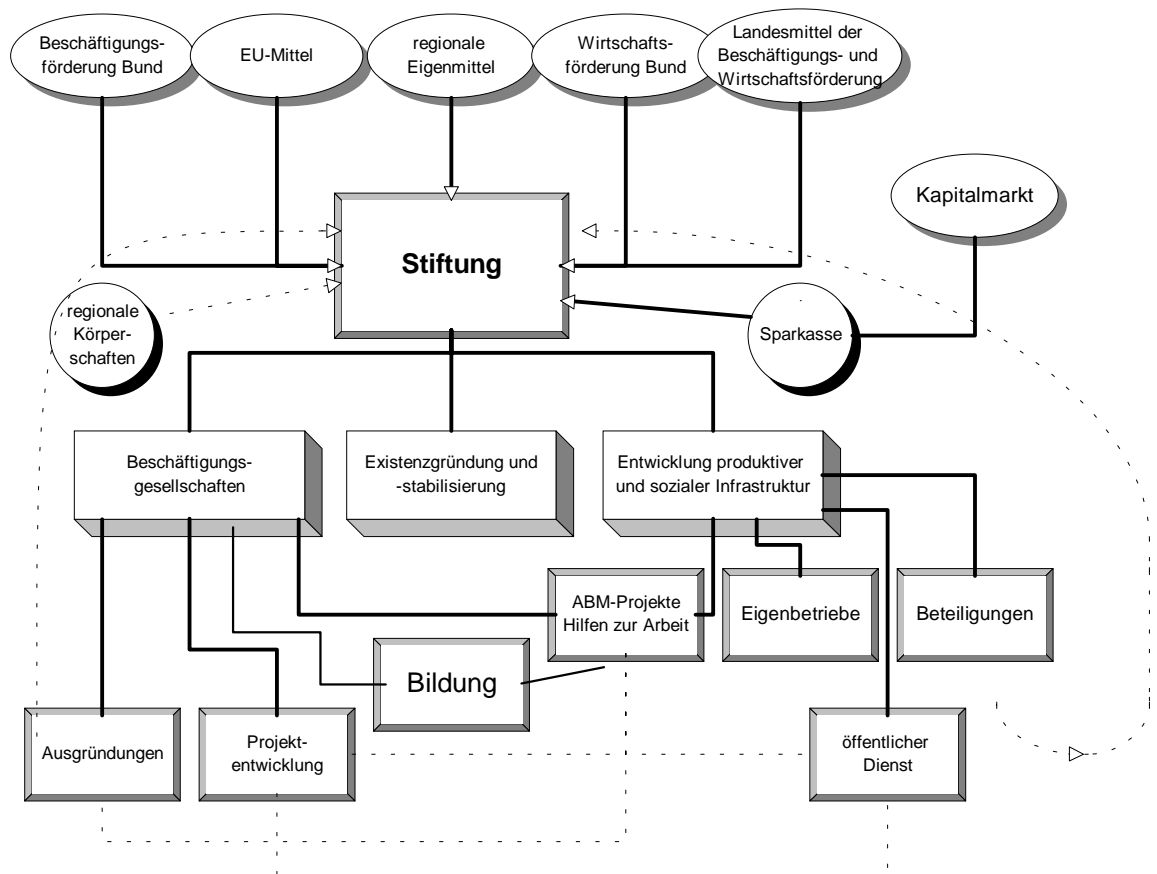
Die Institution des „Marktorientierten Arbeitsförderbetriebes“ sollte in der Sache durch die Beschäftigungsgesellschaft ersetzt werden.

3.2.4. Umriss einer Finanzierungs- und Unternehmensstruktur

Übergreifendes Moment der Konzipierung einer Unternehmensstrategie muß der Gedanke sein, daß Beschäftigungsgesellschaften zu Kristallisationspunkten wirtschafts- und sozialstruktureller Entwicklungspotenzen werden müssen. Sowohl die Erwägungen über den gegebenen Zustand der Marktbeziehungen in Mecklenburg-Vorpommern, als auch die Betrachtung der Wirksamkeit alternativer Modelle (Arbeitsförderbetriebe, Existenzgründung) bestätigen die Notwendigkeit eines Finanzierungsmodells, daß sich unmittelbar markt- und strukturgestaltend umsetzt. Dabei spielt eine sorgfältige Abwägung zwischen Konzentration und Diversifikation des Ressourceneinsatzes eine große Rolle. Diese Abwägung wird aber gleichzeitig die Frage aufwerfen, inwieweit die gegebenen haushaltsrechtlichen Bestimmungen tatsächlich dazu angehtan sind, einen aus der Sicht des Landeshaushaltes letztendlich tatsächlichen sparsamen und zielgerichteten Mitteleinsatz zu erreichen. Insoweit implizieren die folgenden Vorschläge auch immer die Forderung, diese Bestimmungen zu prüfen und ggf. an die wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen anzupassen.

Gemeinsam müßte verschiedenen Varianten sein, daß auf der Finanzierungsseite den Beschäftigungsgesellschaften im Grundsatz **ein** Partner gegenüber bzw. zur Seite steht. Akzeptiert man diesen Ansatz, so stellt ich die Frage, welche Institution mit regionalen Problemen am engsten verbunden ist. Durch die Regierung werden als Beratungs- und Kontrollorgan die TGL ausgebaut. Diese haben aber den entscheidenden Nachteil, daß sie nicht mit den wirtschaftlichen Kreisläufen der Regionen selbst verbunden sind und ihr Interesse als Organe der Regierung Verwaltungsinteressen bleiben. U.E. sollte daher den Sparkassen als Akteuren, die durch ihre Tätigkeit mit dem regionalen Markt und in ihrer Gesellschafterstruktur mit den sozialen und politischen Interessen der regionalen Interessengruppen verbunden sind, ein entscheidender Stellenwert zugemessen werden. Den Beschäftigungsgesellschaften wie auch den politischen Akteuren wäre damit ein Partner gegeben, der dank seiner originären Geschäftstätigkeit und seiner Verbindungen über den Sparkassenverband ein weitgehender Überblick sowohl über die regionalen Marktbeziehungen wie auch über die allgemeine Konjunkturentwicklung gegeben ist.

Die Mittel sollten in einem Fonds, der entweder bei der Sparkasse aufgelegt wird oder der als abgesonderte Vermögensmasse, etwa als Stiftung organisiert, konzentriert werden. Gespeist werden kann dieser aus den zweckgebundenen Fördermitteln der Sozial-, Forschungs- und Wirtschaftsministerien des Landes und des Bundes bzw. der EU, aus Eigenmitteln der Region (Kreise, Kommunen) sowie aus Zuführungen aus Gewinnen der Beschäftigungsgesellschaften. Ergänzt werden könnte der Fonds durch die Übergabe von Grundstücken aus kommunalem oder Landesbesitz, die für die Absicherung von Finanzierungslinien (Bürgschaften, Beleihung) bzw. als Betriebsgrundstücke in die wirtschaftlichen Kreisläufe einbezogen werden könnten. Derartige Modelle fanden bereits Anwendung z.B. bei der Sanierung des Voest-Alpine-Konzerns in Österreich oder des Saarstahl-Konzerns.



Die Finanzierung von Beschäftigungsgesellschaften wie auch weiterer Maßnahmen könnte dabei auf drei Wegen erfolgen - in Form eines Rechtsanspruches entsprechend der bestätigten Projekte, als Pauschalzuweisung, etwa in Anlehnung an die Stammkräftefinanzierung und schließlich als marktorientierende Kreditierung. Hierdurch soll vor allem auch die Rolle von Beschäftigungsgesellschaften als Pioniere bei der Entwicklung neuer Strukturen gefördert werden.

Ein derartiges Stiftungs- oder Fondsmodell würde auch eine entsprechende Schnittstelle zu den übrigen Aspekten und Akteuren der Entwicklung regionaler Strukturen bilden und damit einen Beitrag leisten können, um die Aversionen zwischen privatwirtschaftlichen und öffentlichen wirtschaftlichen Subjekten in den Regionen abzubauen. Mehr noch - es ergäben sich intensivere Möglichkeiten zur Gestaltung der Wechselbeziehungen und gegenseitigen Ergänzung der verschiedenen Bereiche von Wirtschaft und sozialen Einrichtungen in den Regionen.

In ökonomischer Hinsicht betrifft dies vor allem eine abgestimmte Mittelverwendung innerhalb der Region und die Möglichkeit von Unternehmen, Investitionen vor dem Hintergrund konkreter Vorstellungen über die Entwicklungstendenzen regionaler Kreisläufe vorzunehmen.

Eine flankierende Maßnahme zur Stabilisierung eines solchen wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungs- oder Kreislaufmodells wäre z.B. die Schaffung einer (genossenschaftlichen) Bürgerschaftsbank bzw. die Aktivierung der Landesbürgerschaftsbank.

Den haushaltsrechtlichen Forderungen würde in ihrer Substanz übrigens auch besser entsprochen werden können, als bei der jetzigen Förderphilosophie, weil der Mitteleinsatz viel prozeßnaher bewertet und ggf. gesteuert werden könnte.

Bei diesem Vorschlag stützen wir uns auch auf entsprechende Wertungen der EU, die in wesentlichen Punkten mit der hier vorgenommenen Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Potenzen von Beschäftigungsgesellschaften und entsprechenden Strukturen übereinstimmen. In KOM(93)650 endg.;Ratsdok. 5084/94 „Vorschlag für einen Beschluß des Rates über ein mehrjähriges Arbeitsprogramm (1994-1996) der Gemeinschaft zugunsten von Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Vereinen und Stiftungen in der Gemeinschaft“ heißt es:

„Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften und Vereine-Stiftungen sind besonders dazu geeignet, die technologische Entwicklung sozial zu flankieren und als Antwort auf die gesellschaftliche Forderung nach neuer staatsbürgerlicher Verantwortung und Wirtschaftsdemokratie entsprechende Strategien zu erarbeiten...Obe es sich um Phänomene handelt, die mit der Verstärkung zu tun haben, mit dem wirtschaftlichen Rückgang bestimmter Regionen und dem damit verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen oder mit der zunehmend unsicheren Lage breiter Bevölkerungsschichten oder auch mit der Verwaltung des menschlichen Potentials in den Unternehmen - diese Körperschaften entwickeln Lösungen, die einen Erneuerungsprozeß in Gang setzen, der wiederum über ihre eigenen Netze, häufig mit Unterstützung der Behörden, größere Verbreitung finden...“ (zit. Nach Bundesrat Drs. 204/94 S.13)

Weiter wird ausgeführt, daß insbesondere die regionale Bindung derartiger Strukturen von hoher Wirksamkeit für die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen sei. Genauso wird die soziale Dimension dieses wirtschaftlichen Sektors hervorgehoben:

„Im allgemeinen spielt der Sektor...eine wesentliche Rolle bei der Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, da er häufig eher in der Lage ist, die lokalen Ressourcen zu mobilisieren und angemessen auf die neuen Anforderungen zu reagieren. Aus diesem Grund können diese Unternehmungen den notwendigen Impuls für die endogene Entwicklung von Regionen oder Sektoren geben, indem sie auch soziale Dienstleistungen anbieten, die den sozialen Bedürfnissen der Menschen besser entsprechen.“ (ebenda S.21)

Somit sei eine „echte Partnerschaft“ mit diesem Sektor eine wesentliche Voraussetzung für den Einsatz der Strukturfonds. (ebenda)

Auch wenn diese Wertungen bisher in der Bundesrepublik weitgehend ignoriert werden, so bieten sie doch eine Reihe von Ansätzen, auch und nicht zuletzt in dem hier betrachteten Be-

reich der Beschäftigungs- und Strukturförderung.

FAZIT

Bei den weiteren Diskussionen sollte die Frage nach vielgestaltigeren Formen der Träger von Beschäftigungspolitik vor allem unter dem Gesichtspunkt der Interessenvermittlung stärkere Berücksichtigung finden. Es wäre zu prüfen, inwieweit genossenschaftliche oder Stiftungsmodelle z.B. bereits bei der Fortentwicklung der TGL höhere Bindungswirkungen auf die Interessen der beteiligten arbeitsmarktpolitischen Akteure ausüben können, als die derzeit genutzten Rechtsformen.

Konzeptionelle Vorstellungen zur Errichtung eines Sozialbetriebes für kommunales Bauen - Werkstätten für Arbeit und Bildung

Ausgangspunkt:

- vielfältige Ausarbeitungen zur gewerblichen und sozialen Entwicklung in der Gemeinde sind bereits erfolgt, die Kommune möchte für sich etwas erreichen,
- keine bzw. nur sehr geringe Gewerbeansiedlung auf den Flächen des ehemaliger industrieller oder landwirtschaftlicher Anlagen
- Niedergang der von Gebäuden, in denen vormals wirtschaftliche Tätigkeit stattfand, Brachliegen verschiedener Objekte, die für kommunale oder gemeinnützige Zwecke wiederhergestellt werden könnten
- nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit unter der Bevölkerung sowie wachsende Zahl von Jugendlichen, die weder Berufsausbildung noch einen Arbeitsplatz erlangen können

Ziel des Sozialbetriebes in der Kommune:

- * bauliche Erhaltung und Wiederherstellung kommunalen Eigentums zu günstigen Bedingungen bei gleichzeitiger Bildung von Jugendlichen bzw. Arbeitslosen in Grundkenntnissen des Bau- und Instandhaltungshandwerks
- * Verminderung der Zahl Arbeitsloser vorrangig in der Kommune
- * Bildung bzw. berufsbildende Vorbereitung arbeitsloser Jugendlicher und junger Facharbeiter ohne Anstellung aus der Region
- * Jugendliche sollen die Chance erhalten,
 - sich in großer Breite mit beruflichen Grundkenntnissen auszustatten,
 - soziale und ökologische Zusammenhänge zukünftiger Arbeit zu begreifen,
 - die Fähigkeit zu innovativem Handeln und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung zu entwickeln

Geschäftsfeld:

- Bauleistungen für Kommunen und gemeinnützige Betriebe/soziale Einrichtungen, vor allem Werterhaltung und Wiederaufbau von Baulichkeiten,
- Bildungsarbeiten auf handwerklichem Gebiet für arbeitslose Jugendliche ohne Ausbildung und junge Facharbeiter ohne Anstellung

Voraussetzungen:

Sozialbetriebe agieren nicht am Markt, sondern arbeiten auf einem öffentlich unterstützten Sektor. Sie verfolgen gemeinnützige Ziele und den setzen den erwirt-

schafteten Gewinn für die Schaffung von Arbeitsplätzen ein; sie müssen dennoch Kunden für ihre Produkte suchen. Daher müssen ökonomische Kriterien wie Kapitalausstattung, Kostenrechnung, die Optimierung des Verhältnisses von Aufwand und Nutzen sowie die Kundenorientierung der Tätigkeit unbedingt mit in das Kalkül gezogen werden. Aus dieser Sicht ist ein Sozialbetrieb - zumal in der ohnehin stark vertretenen Baubranche - nicht aus dem Boden zu stampfen, sondern bedarf einer sorgfältigen Recherche des Marktes und einer sehr vorsichtigen Erfolgsplanung.

Im jeweiligen Fall sind darüber hinaus erforderlich:

- Kooperation mit Bildungsträgern in der Region,
- Einstieg in die wirtschaftliche Tätigkeit des Sozialbetriebes über Arbeitsmarktförderung (d.h. Vorbereitung der relativen Unabhängigkeit von Arbeitsmarktförderung, nicht von Förderung überhaupt),
- Nutzung aller Möglichkeiten der finanziellen Förderung sowie anderer Arten materieller Unterstützung,
- Herstellung von Kooperationsbeziehungen (auch auf Bildungssektor) zu Handwerkern und Gewerbetreibenden.

1. materiell - personelle Voraussetzungen

- Schaffung der Voraussetzungen für die Gründung des Unternehmens:

Festlegung des Unternehmenssitzes und der Rechtsform

benötigtes Investitionsvolumen/Instandsetzungskosten (Baulichkeiten, Maschinen, Ausrüstungen)

Kalkulation des laufenden Aufwandes, betriebswirtschaftliche Analyse der Kosten- und Einnahmenstruktur,

Sicherung der Anfangsfinanzierung

- Auswahl der Objekte, deren Erhaltung im Interesse der Kommune liegt - Instandsetzung, Umbau im Rahmen der praktischen Tätigkeit, weitere Objekte je nach Auftragserteilung im Nah- oder Fernbereich

- Technik, Arbeitsmittel: entsprechend dem vermittelten Gewerk - Kooperation mit gewerblich tätigen Einrichtungen, Nutzung gemeindeeigener Technik

- Personen: Stammkräfte/Ausbilder über Arbeitsmarktförderung, Auszubildende über ABM oder andere Formen der Förderung arbeitsloser ungelernter Jugendlicher

2. finanzielle Voraussetzungen

- langfristige Pacht eines Objektes oder Übernahme zu symbolischem Preis als Sitz der Gesellschaft

- Sachkosten aus ABM

- Personalkosten aus ABM, LKZ

- Einnahmen (tendenziell steigend)

- Fördermittel des Landes, des Bundes und der EU, Sponsoring u.ä.

- Verwendung von Mitteln aus dem Fonds "Hilfe zur Arbeit"

3. Marktsituation

Recherchen sind erforderlich

- zum Bedarf an Ausbildungsleistungen für arbeitslose Jugendliche im Territorium und in der Region

- zu kommunalen Objekten in der Region, für die Werterhaltung und Instandsetzung erforderlich sind, dies wegen mangelnder kommunaler Finanzen aber nicht an private Firmen vergeben werden kann (direkte Aufträge von Kommunen, Arbeit für Verbände, Vereine, Kooperation mit privaten Firmen)
- an welchen Objekten soll/kann die praktische Ausbildung für Teilnehmer erfolgen,
- zu Mitbewerbern in der Region, die gleiche oder ähnliche Leistungen anbieten (Konkurrenzanalyse)

4. Rechtsform der künftigen gemeinnützigen Baueinrichtung

Ausgehend von der Nutzung arbeitsmarktpolitischer Förderinstrumente in der Gründungsphase und dem Ziel der relativen wirtschaftlichen Eigenständigkeit ist die Rechtsform zu entwickeln, d. h. wichtig sind die materiellen Aufwendungen zur Installierung dieser oder jener Rechtsform sowie die Paßfähigkeit mit der Arbeitsmarktförderung

auch Personlabbau bedeuten würde. Diese Momente verdienen aber eine gesonderte Betrachtung.

Insofern ist es aus Sicht der untersuchten Problematik erforderlich, andere Ansätze zu prüfen. Ein überlegenswerter Ansatz wäre, angesichts der Tatsache, daß am Ende doch der Konsument bzw. Nutzer die Kosten des Verfahrens trägt, dort wo Aktivierungen sinnvoll und notwendig sind, **ihn** direkt an den Gesellschaften zu beteiligen und dies unter entweder bewußtem generellem Verzicht auf bzw. eingeschränkte Beteiligung von sogenannten institutioneller Anlegern.

Dieser Weg setzt sicher bei einer Reihe bestehender Landesbeteiligungen die Veränderung der Rechtsform voraus. In die Anteilsveräußerung könnten dann direkt die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der betroffenen Unternehmen eingesetzt werden. Angesichts des doppelten Bezugs der Anleger als Konsument/Nutzer und Nutznießer des Ertrags/Gewinns ließen sich Tendenzen sogenannten share-holder-values begrenzen und in der Geschäftspolitik in eine vernünftige Balance bringen.

Ein anderer Weg der Einbeziehung privaten Kapitals in die Aktivierung von Landesvermögen - wie dargestellt immer dort, wo wirtschaftspolitische Notwendigkeiten bestehen - könnte in der Auflage entsprechender Fonds bestehen - für die es auch in der Geschichte der Bundesrepublik Analogien gibt -, die sich wiederum an landeseigenen Gesellschaften beteiligen. Damit würden die stimmrechtsirskante Auswirkungen der Kapitalhöhe einzelner Anleger - z.B. auch institutioneller - relativiert, da die Zielrichtung der Beteiligung des Fonds in der grundlegenden Satzung bereits festgeschrieben werden.

Während die dargestellten Aspekte insbesondere Fragen der aktuellen Diskussion der Beteiligungspolitik erfassen, sollen im folgenden grundsätzliche Fragen landeseigener und kommunaler Beteiligungspolitik in das Zentrum der Betrachtung gerückt werden. Die Ausgangsfrage bildet dabei der aktuelle Stand bestehender Landesbeteiligungen und ihre wirtschaftlichen Wirkungen. Ohne diese hier im einzelnen darzustellen, können sie grundlegend in drei Kategorien klassifiziert werden:

- Unternehmen, die mit der Wahrnehmung von öffentlichen Versorgungsaufgaben betraut sind - z.B. Energieversorgung, Versorgung mit Wohnraum, öffentliche 'Versorgung' mit Kunst, Bildung, Wissenschaft etc.
- Unternehmen, die wirtschaftsfördernde Aufgaben realisieren - z.B. städtisches Marke-

ting, Messe etc.

- sonstige Unternehmen - Prüfungsgesellschaften etc.

Diese Unternehmen wiederum verfügen vielfach über Beteiligungen an anderen Unternehmen. Sie schütten im geringen Maß Gewinne an ihre Gesellschafter - darunter das Land Berlin - aus und sind wiederum selbst - wenn auch in sehr differenzierter Form - Empfänger von Zuwendungen des Landes. Eine Einzeldarstellung der verschiedenen mit den einzelnen Gesellschaften zusammenhängenden Fragen würde den hier betrachteten Rahmen sprengen und sollte Gegenstand weiterer Überlegungen sein.

Diese Darstellung ist im einzelnen und ausführlich in konkreten Zahlen im Beteiligungsbericht des Senats dargestellt⁵⁷, der umfangreiches statistisches Material liefert. **Die Frage, die letztlich nicht gestellt wird, ist im Kern, die nach dem Grund bzw. dem Ziel von Beteiligungen. Von dieser muß aber letztlich die Entwicklung alternativer Ansätze staatlicher Beteiligungspolitik ausgehen.**

Wird sie auf die Verwertung - im Sinne von Verzinsung - von eingesetztem öffentlichem Kapital reduziert, dann ist angesichts der Ausschüttungen bzw. der erforderlichen Zuwendungen, die kurzfristige Aktivierung öffentlichen Kapitals über die Privatisierung zwingend. D.h. nicht, daß es sich bei einzelnen wichtigen Wirtschaftsunternehmen nicht um rentabel arbeitende Unternehmen handelt.

Unter ausschließlicher Berücksichtigung des Erlöses trifft möglicherweise zu, daß tatsächlich eine Verringerung des Defizits erreicht wird. Es muß aber eingeschätzt werden - und dies trifft auch auf andere Veräußerungsansätze z.B. bei den Wohnungsbaugesellschaften zu -, daß es sich um nicht reproduzierbare Effekte handelt, deren Ergebnisse noch dazu ausschließlich den Effekt haben, Einnahmedefizite zu decken und keine Einnahme- bzw. Ausgabenentwicklungen zu bewirken.

Vom Standpunkt **alternativer Ansätze** zur gegenwärtigen Privatisierungsstrategie ist die Problematik vielmehr mit Blick auf die zu **berücksichtigenden längerfristig wirkenden Faktoren der Haushaltkonsolidierung** zu richten und hier geht es um den Einsatz öffentlicher Beteiligungen für die Sicherung von Einnahmen und zur Entlastung der Haushalte durch

⁵⁷ Vorlage - zur Kenntnisnahme - über Dritten Gesamtberliner Bericht über die Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen des privaten Rechts AGH Drs. 13/1189 Der Bericht erfaßt den Stand zum 31.12.94.

- entsprechende Eigenbeiträge der entsprechenden Unternehmen,
- die Wirkungen ihrer Tätigkeit auf die wirtschaftliche Situation der Region insgesamt (als Abnehmer, als Kooperationspartner anderer Unternehmen)
- die Wahrnehmung beschäftigungs- und sozialpolitischer Aufgaben (Träger bzw. Partner entsprechender Projekte, Beschäftigungsgesellschaften, Programme oder auch und nicht zuletzt Arbeitgeber).

Dies schließt insbesondere auch die Realisierung von Pilotprojekten, die Verlagerung von Förder(sprich Umsteuerungs)mechanismen auf diese Unternehmen bzw. die direkte Mitwirkung an Einsparmaßnahmen des Landes ein.

Mit der Privatisierung der BEWAG ist staatliche Beteiligungspolitik, mit möglichen beschäftigungs- und wirtschaftsfördernden Auswirkungen grundsätzlich in Frage gestellt worden. Da sich in Bezug auf die Berliner Wasserbetriebe ähnliche Entwicklungen andeuten, seien an dieser Stelle am Beispiel der BEWAG nochmals einige Gedanken zu einer auf Verknüpfung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung orientierten Politik dargelegt.

In der BEWAG - an der das Land Berlin immerhin noch mit 50,8% beteiligt ist - verknüpfen sich zwei Grundelemente traditioneller staatlicher Beteiligungspolitik - Realisierung globaler Grundversorgungsaufträge und Bündelung umfangreicher wirtschaftlicher Potenzen. Dies wird nachhaltig durch die im Jahresbericht 1994/1995 dargestellte wirtschaftliche Grundsituation unterstrichen.

Im Kern können hier die im Rahmen der Anpassung an die sich nach 1989 verändernden Bedingungen vollzogene Modernisierung des Anlagevermögens mit einem Volumen von ca. 6 Mrd. DM, die hohe Eigenkapitalquote von ca. 45%, ein stabiler, leicht steigender Gewinn, hoher cash-flow von ca. 1 Mrd. DM sowie der Ausbau von Beteiligungen genannt werden.

Gerade diese Aspekte waren wohl Ausgangspunkt für die Hoffnung auf einen möglichst hohen Verkaufserlös. Durch Veräußerung an bereits beteiligte Unternehmen, deren Versorgungsinteressen weit übergreifender sind als die des Landes Berlin, ist genau an die Gesellschaften veräußert worden, deren Interesse nicht nur auf einen möglichst niedrigen Kaufpreis ausgerichtet war, sondern die auch nicht daran interessiert waren, ihren bestehenden Anteil aufgewertet zu sehen. Ein Wertzuwachs ihrer bestehenden Beteiligungen hätte möglicherweise fiskalische Auswirkungen nach sich gezogen.

Momente längerfristiger wirtschaftlicher Effekte lagen im Kern in der dauerhaften Ent-

lastung des Haushalts im Bereich der Landesausgaben für den Energiebezug - das schließt die Straßenbeleuchtung ein -, der Ausgaben zur Förderung von Energiesparmaßnahmen sowie des Einsatzes alternativer Energien.

Dies hätte letztlich die Veränderung des Versorgungsauftrages von der Energieproduktion zu ihrem effektiven, sparsamen Einsatz vorausgesetzt. Eine dergestaltige Veränderung des Versorgungsauftrages, der letztlich im langfristigen öffentlichen Interesse liegt, ist über den Weg der Privatisierung nicht durchsetzbar. Letztlich dient dies auch dem Unternehmen selbst, da es die Investitionen des nächsten Reproduktionszyklus - und dieser befindet sich ja bereits in der Vorbereitungsphase - geringer ausfallen läßt und damit die Refinanzierungserfordernisse senkt. Auf diesem Weg lassen sich dann auch angesparte Rücklagen für andere Zwecke aktivieren und mit diesen neue wirtschaftliche Effekte erzielen.

Wege zur Umsetzung dieses Ansatzes waren bereits in der, letztlich nicht konsequent geführten öffentlichen Diskussion im Vorfeld des Verkaufs angelegt.

Mit der 'Energiepartnerschaft für Berlin' ist der Weg beschritten worden, energiesparende Maßnahmen in öffentlichen Gebäuden durch privatwirtschaftliche Gesellschaften realisieren zu lassen und sich die Effekte entsprechend garantieren zu lassen. In diese Aktivitäten ist die BEWAG als Anbieter direkt eingebunden.

Prüfungswert wäre gewesen, inwieweit diese Aktivitäten generell ausgedehnt werden könnten und technologische sowie finanzielle Potenzen des Unternehmens für weiterführende Energieeinsparmaßnahmen im öffentlichen Bereich nutzbar wären. Damit würde gleichzeitig die technologische Potenz des Unternehmens gestärkt. In diesem Zusammenhang wäre auch die Rolle der Energieagentur, deren Anlaufverluste noch das Land trägt, vom beratenden zum planenden und der EAB Energie-Anlagen Berlin GmbH zum realisierenden Unternehmen für die öffentliche Hand veränderbar gewesen.⁵⁸ In diese Aktivitäten sollte auch die EUS Energie und Umwelt Service GmbH Berlin eingebunden werden. Diese Erfahrungen ließen sich letztlich auch auf den ~~privatwirtschaftlichen Bereich~~ **privatwirtschaftlichen Bereich** der Tarifgestaltung übertragen. Hier werden ca. 50% der Umsatzerlöse durch Sondertarife für den gewerblichen Bereich realisiert. Die Sondertarife könnten durchaus einer sinnvollen Staffelung, im Sinn der höherer Preise bei einer Überschrei-

⁵⁸ An der Berliner Energieagentur GmbH ist neben der BEWAG und der Deutschen Ausgleichsbank auch jetzt noch das Land Berlin beteiligt. Nach neuesten Berichten will die Agentur ihre Leistungen nun auch den Wohnungsbaugesellschaften anbieten. (Energieagentur setzt auf Wohnungs-Projekt in Tagesspiegel 4.Juli 1997)

tung bestimmter, differenziert gestalteter Bezugsmengen, unterliegen. Damit könnte auch auf die Einführung von energiesparenden Technologien in privaten Unternehmen eingewirkt werden. In die Gestaltung der Sondertarife sollte auch die öffentliche Hand in ihrer Gesamtheit und mit Blick auf die Ansätze der Energiepartnerschaft für Berlin einbezogen werden.

Diskussionswürdig war auch die Frage, ob nicht bisherige öffentliche Förderungsinstrumentarien - damit sind in erster Linie Zuschüsse gemeint -, die für die Energieumstellung gewährt werden - Ablösung Kohlefeuerung etc. - nicht über Einföhrungstarife, Übernahme von Teilinvestitionen etc. bei Bezug von Leistungen der BEWAG in ihrer gesamten Bandbreite - z.B. von Fernwärme bzw. dezentraler Wärmebereitstellung, digitaler Steuerungstechnik etc. - direkter hätten wirken können. Grundsätzlich stellte sich auch die Frage inwieweit die Konzessionsabgabe ein Instrument ist direkter Einnahmen - gegenwärtig 87 Mio DM - dem Land zuzuföhren. Dieser Punkt wird zwar im letzten Geschäftsbericht des Unternehmens heftig attackiert und eine weitere Erhöhung als Grund für mögliche Preiserhöhungen genannt. Dennoch bestand hier im Hinblick auf die Ertragslage des Unternehmens - auch im Blick auf andere Anbieter - noch Spielraum. Ein interessanter Ansatz wäre die Bindung der Höhe der Konzessionsabgabe an die Erfüllung bestimmter Kriterien, die direkt eine Haushaltentlastung bzw. direkte Einnahmesteigerungen nach sich gezogen hätten. Dies hätte durchaus auch im Interesse der Anteilseigner der privaten Wirtschaft liegen können. Ein weiteren Aspekt stellte die Etablierung sinnvoller dezentraler Lösungen - sowohl der BEWAG wie privater Betreiber - dar. Hier haben sich in den letzten Jahren die BHKW als ein wirtschaftlich interessanter Ansatzpunkt herauskristallisiert. Die verstärkte Öffnung der Energieversorgungsleistungen für dergestaltige Lösungen - z.B. in Sanierungsgebieten, aber auch Neubaugebieten, beim Aufbau von Gewerbeeinheiten etc. - hätte eine Senkung des Energieverbrauchs zur Folge und würde gleichzeitig den Anpassungsprozeß des Unternehmens an sich veränderndes Energieverbrauchsverhalten fördern. Ein Kernproblem der aktuellen Diskussion ist hier vor allem die Staffelung der Preise der produzierten und an das BEWAG-Netz zurückgeführten Energie, der letztlich ausschließlich den Verbrauch produzierter Energiemengen beim Erzeuger befördert und damit nicht auf deren sparsamen Verbrauch zielt.

Einen weiteren Aspekt bilden die Beteiligungen des Unternehmens an Unternehmen, die für die Entwicklung und den Einsatz alternativer Energieformen wirken. Diese Ansätze

wären insbesondere im Bereich Biogas - auch z.B. im Zusammenwirken mit der BSR - und Solarenergie in Verbindung mit dezentralen Lösungen ausbaubar.

Auch, wenn dieser Ausflug in die Geschichte sich nur auf den Konjunktiv zurückziehen kann und Möglichkeiten in praxi nicht mehr überprüfbar sind, sind einige Aspekte für die die weitere Diskussion um die landeseigene Beteiligungspolitik doch relevant.

Eine wesentliche Frage ist die nach der Sicherung langfristiger Steuerungs- und Einwirkungsmöglichkeiten, positive Ansätze reproduzieren und verstetigen sowie auf destabilisierende Tendenzen reagieren zu können.

Schlußfolgerungen für die Kommunal- und Regionalpolitik

Kommunal- und Regionalpolitiker sehen sich in ihren Wirkungsmöglichkeiten auf die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe vor allem mit zwei Problemen konfrontiert - die Entscheidungsprämissen und -strukturen der Unternehmen bleiben ihnen weitgehend verschlossen und die Verwaltungen als ausführende Organe politischer Entscheidungen haben gegenüber den Politikern in einem bestimmten Sinne einen Informations- und Kompetenzvorteil, der ihnen die Möglichkeit gibt, die auf dieser Ebene ablaufenden Prozeß bis zu einem gewissen Grade dem Zugriff der Politiker zu entziehen. Gleichzeitig werden die finanziellen Spielräume für die Förderung regionaler Wirtschaftsprozesse immer geringer.

Grundvoraussetzung für die Vitalisierung regionaler Wirtschaftskreisläufe ist vor diesem Hintergrund an erster Stelle **ein weitgehender politischer Konsens über das zukünftige Gesicht der Region**. Parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten sollten daher als *erste Schritte* darauf gerichtet sein, vielfältige institutionelle Rahmen zu schaffen, in denen diese Fragen diskutiert werden und die Arbeit derartiger Institute in die Öffentlichkeit zu bringen.

Es müssen also die Punkte gefunden werden, an denen Bewegung ist. Hier dürften solche Initiativen, wie LOKALE AGENDA 21 oder das NETWERK GESUNDE STÄDTE eine wichtige Rolle spielen. Auch die vielerorts noch existierenden oder wieder entstehenden Runden Tische, Wirtschaftskreise usw.usf. sollten in dieser Hinsicht offensiv genutzt werden.

Damit können Grundlagen geschaffen werden, um **das entscheidende Potential einer Region** zu erschließen - die aus der *Kooperation der verschiedenen Akteure* resultierenden Potenzen. Dieses Kapital ist bereits ohne große finanziellen Aufwendungen zu erschließen.

Auf dieser Grundlage ist es erforderlich und möglich, zwei Hauptlinien zu verfolgen: Erstens die Formulierung gemeinsamer Forderungen gegenüber Land und Bund und zweitens die schrittweise und konzeptionell abgesicherte Entwicklung von Kooperationsformen der wirtschaftlichen Akteure, die zu deren Interessen entsprechenden Wirtschaftskreisläufen hinführen.

Die **Basis** bildet dabei eine solide analytische Arbeit. Dabei sollte wiederum als Ausgangspunkt die Frage stehen, ob man **selber** eigentlich in der Lage ist, die Gegebenheiten der Region einzuschätzen.

Elementare Voraussetzung ist in diesem Fall zu erfassen, **wo** eigentlich **welche** Daten über das wirtschaftliche und soziale Leben der betrachteten Region verfügbar sind.

Dafür kann und muß die Verwaltung in Anspruch genommen werden.

Dies kann z.B. in Form von **Berichten** zur Situation von regionalen Unternehmen, Existenzgründungsberichten (die z.B. die Wirksamkeit der Verwaltungen für die Unterstützung von Unternehmen erfassen können), Sozialberichten usw. erfolgen. Möglich sind auch eigene Befragungen der Amtsträger in den einzelnen Kommunen.⁵⁹

⁵⁹ So wurde vor einiger Zeit durch die Fraktion der PDS im Kreistag Merseburg-Querfurth eine solche

Literaturübersicht

Das Dorf als Siedlungsform hat weiterhin Zukunft. [Der Landkreis, Nr. 3/1995]

"Es macht Spaß, auf dem Dorf zu wohnen" - Zum Vereinsleben in den Dorfgemeinschaften des Landkreises Meißen. [Der Landkreis, Nr. 3/1995]

Essener Konsens - Eine Stadt entwickelt Arbeitsmarktidien. Berufsförderungszentrum Essen e. V., Essen, [1995].

Gegen Massenarbeitslosigkeit und Chaos - Aufbaupolitik in Ostdeutschland. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Köln, 1991.

Das Gemeinde-Netzwerk "Allianz in den Alpen". [Der Landkreis, Nr. 6/1996]

Raumordnungskonferenz Brandenburg/Berlin in Eberswalde am 6./7. Juni 1994. [Raumforschung und Raumordnung, Nr. 1/1995]

Regionalisierte Strukturpolitik und arbeitsorientierte Beratung in NRW. Bericht der "Entwicklungsagentur für arbeitsorientierte Strukturpolitik (EfaS)" 1990 - 1992. Bochum, September 1993.

Unternehmens- und Kommunalberatung K.-D. Adamski: Studie zur Entwicklung des Kreises Uecker-Randow. Greifswald, 1995.

Vom Dorf zur Region - Maßnahmen zur Dorfentwicklung in den neuen Ländern. [Alternative Kommunalpolitik, Nr. 2/1995]

Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern ... ein bißchen Licht ins Dunkel. [Alternative Kommunalpolitik, Nr. 5/1995]

Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik. Workshop beim Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Hannover 1991.

30 Millionen jährlich für Umweltmarkt - Trotz Finanzkrise kommunale Strukturpolitik in Hannover. [Alternative Kommunalpolitik, Nr. 3/1995]

Lokale Ökonomie - Exploration und Evaluierung Lokaler Strategien in Krisenregionen. (2 Bde.) Interdisziplinäres Forschungsprojekt „Lokale Ökonomie“ TU Berlin 1990. Hrsg.: Technologienetzwerk Berlin 1990/1991

Verein für welt- und regionalwirtschaftliche Studien e.V.: Studie zum Arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramm der Landesregierung „Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern“. Schwerin 1996

Die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in der Lausitz. Lesematerial zur Problematik Braunkohleförderung im Lausitzer Revier/Umsiedlung Gemeinde Hornow. 4. Landesparteitag Brandenburg der PDS. 4.Tagung 19./20. Oktober 1996 sowie der

entsprechende Leitantrag

Regional Consulting: Brandenburg: Beschäftigungs- und Modernisierungsprojekt.
Weichenstellungen für eine Zukunftsregion. VSA-Verlag Hamburg 1994

Landtag Brandenburg Antrag der Fraktion der PDS STRUKTURKONZEPTE FÜR DIE
WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG BERLINFERNER REGIONEN Drs. 2/2402

Ost-Betriebe: Zwischen Wachstumsdynamik und Liquiditätsengpässen. Panelbefragung
bei ostdeutschen Betrieben, die 1990 mit Eigenkapitalhilfe gefördert wurden. Deutsche
Ausgleichsbank Bonn 1995 [Wissenschaftliche Reihe]

Informationsreihe des Vereins „Natur und Lebensraum Rhön“, Ehrenberg [lfd.]

Beck, M.:

Neue Ansätze zur Dorfentwicklung in ländlichen Räumen - Beispiel zweier
Modellvorhaben aus Niedersachsen. In: Der Landkreis, Nr. 3/1995.

Becker, P.:

10 Jahre Dorferneuerung in Mayen-Koblenz. In: Der Landkreis, Nr. 3/1995.

Behrens, H./G. Franzky, T. Hartmann:

Dorfberater in der Regionalentwicklung. In: pro regio, Nr. 17/1995.

Birkhölzer, K.:

Entwicklungsdilemmata in Berlin und Ostdeutschland (1993), Sozialer Zusammenhalt,
Gemeinwesen- und Umweltentwicklung (1994). In: Veröffentlichungsreihe des
Interdisziplinären Forschungsprojekts Lokale Ökonomie, Nr. 17.

Blien, U./H.Herrmann/M.Koller (Hrsg.):

Regionalentwicklung und regionale Arbeitsmarktpolitik. BeitrAB 184 (1994)

Bühler, J.:

Neue Wege in Peene-Nord - Regionalentwicklung in einer bedrohten Agrarregion. [pro
regio, Nr. 17/1995]

Büttner, K.:

Dorferneuerung heißt: Denken für die nächste Generation. [Der Landkreis, Nr. 3/1995]

Christoffers, Ralf/Lutz Kupitz:

Regionalisierung von Wirtschafts- und Sozialkreisläufen und sich daraus ergebende
Aufgaben einer regionalen Wirtschaftspolitik in Brandenburg. PDS-Fraktion im Landtag
Brandenburg August 1996 [Diskussionsbeiträge zur Wirtschafts- und
Arbeitsmarktpolitik]

Flieger, Burghard u.a. (Hrsg.):

Gemeinsam mehr erreichen. Kooperation und Vernetzung alternativökonomischer
Betriebe und Projekte. AG SPAK, Münschen und Stiftung Mitarbeit, Bonn 1995
[Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Bd.8 sowie Materialien der AG SPAK
M123]

- Franz, P.:
Technologie- und Gründerzentren als Hoffnungsträger kommunaler Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland. [Raumforschung und Raumordnung, Nr. 1/1996].
- Fürst, D.:
Ökologisch orientierte Umsteuerung in Landkreisen durch Regionalmanagement. [Raumforschung und Raumordnung, Nr. 4/1995]
- Gruhl, T.:
Regionale Entwicklungszentren - Ansätze für eine umwelt- und sozialverträgliche Technikgestaltung (1992). [Veröffentlichungsreihe des Interdisziplinären Forschungsprojekts Lokale Ökonomie, Nr. 12]
- Haibach, M.:
Fundraising. Spenden, Sponsoring, Stiftungen. Campus Verlag Frankfurt/Main 1996
- Jäger, Wieland/Dirk Schmeling:
Ökologisch -innovative Kleinunternehmen in der Arbeitsmarktregion Leipzig. Eine Fallstudie zur Bedeutung kleiner Ökologiebetriebe für den Abbau von Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Kurzstudie im Auftrag der KSPW. Forschungsbericht Oktober 1992 [Graue Reihe]
- Kaluza, H. u.a.:
Kommunale/regionale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung Bremen 1991
- Kanter, R.M.:
Weltklasse. Im globalen Wettbewerb lokal triumphieren. Wien:Ueberreuther 1996
- Kiel, H./H. Bornemann:
Haushaltsnahe Dienstleistungen im ländlichen Raum. [Der Landkreis, Nr. 5/1995]
- Krafft, A./G. Ulrich:
Chancen und Risiken regionaler Selbstorganisation - Erfahrungen mit der Regionalisierung der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.
- Krüger, S./H. Hünig:
Brandenburg: Streusandbüchse als Wirtschaftsstandort. Hamburg 1991.
- Kühn, Gerd:
Kommunale Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland. Difu, Berlin 1995 [Difu-Beiträge zur Stadtforschung; 13]
- Lorenz, G.:
Europäische Strategien der alternativen und lokalen Ökonomie (1992). [Veröffentlichungsreihe des Interdisziplinären Forschungsprojekts Lokale Ökonomie, Nr. 11]
- Maier, J.:
Perspektiven für den ländlichen Raum: Modernisierungs- versus endogene Entwick-

lungsstrategien. [IRS Graue Reihe 8, Perspektiven für den ländlichen Raum, Berlin 1995 (S. 9 ff.)]

Recker, E.:

Fremdenverkehr als Aufgabe der Landkreise. [Der Landkreis, Nr. 4/1996]

Ridinger, Rudolf/Manfred Steinröx (Hrsg.):

Regionale Wirtschaftsförderung in der Praxis. O.Schmidt, Köln 1995

Saupe, A./C. Schwarz, H.-G. Rennert, W. Busmann:

Machbarkeitsstudie "Versorgung der Metropole" (1994). [Veröffentlichungsreihe des Interdisziplinären Forschungsprojekts Lokale Ökonomie, Nr. 20]

Schroer, P.:

Aufbau von Arbeits- und Weiterbildungsagenturen im Rahmen einer offensiven Standortpolitik. [Der Landkreis, Nr. 11/1995]

Steinitz, Klaus u.a.:

Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland [Beiträge zur Wirtschaftspolitik Heft 3/1996]

Weiberg, H.-K.:

Unterwegs in der Peripherie - Ein subjektiver Blick in die Dorf-Landschaft Ostbrandenburgs. [pro regio, Nr. 16/1995]

Wischner, A.:

Für eine aktive Energiepolitik der Kommunen (1991). [Veröffentlichungsreihe des Interdisziplinären Forschungsprojekts Lokale Ökonomie, Nr. 9]

Wuermeling, J.:

Informationsgesellschaft: Neubelebung des ländlichen Raums? [Der Landkreis, Nr. 2/1995]